

„Man kann nur auf einer Seite der Mauer stehen“?

STUDIENREIHE

Zivilgesellschaftliche Bewegungen –
Institutionalisierte Politik Nr.10/2009

Der Israel/Palästina-Konflikt als Thema der politischen Bildung – Beiträge einer Arbeitstagung des Kurt-Eisner-Vereins – rls in Bayern

Vorwort

Der Kurt-Eisner-Verein hielt am 18. April 2009 im Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in München eine Arbeitstagung über den „Israel / Palästina-Konflikt als Thema der politischen Bildung“ ab. Mit dieser Veranstaltung versuchte er, sich einem komplexen und hoch emotionalisierten Themenfeld zu nähern. Es gibt nur wenige Themen innerhalb der linken Öffentlichkeit, über die so kontrovers und polemisch mit einer so hohen Intoleranz gegenüber dem jeweiligen anderen Standpunkt diskutiert wird. Von den „Antideutschen“, die von ihrem Antifaschismus-Verständnis eine fast unbedingte Solidarität mit Israel einfordern, zieht sich das Band der Meinungsvielfalt bis zu jenen „antiimperialistischen Gruppen“, die den Kampf von Hamas und Hisbollah als Auseinandersetzung mit den imperialistischen Mächten einstufen und die Israelis als europäische Kolonialisten wahrnehmen.

Um einen Beitrag zur Deeskalation dieser heftig geführten Debatte zu leisten, wollte der Kurt-Eisner-Verein zu einer Begegnung der verschiedenen Standpunkte in einer sachlichen Atmosphäre einladen, in der auf Zensur der schriftlichen und mündlichen Beiträge verzichtet werden sollte, solange diese keinen strafrechtlichen Tatbestand erfüllten (z. B. Volksverhetzung) und nicht gegen die „guten Sitten“ verstießen. Allerdings sollte es von vornherein nicht darum gehen, zu beurteilen, auf welcher Seite die größere moralische Schuld lastet. Die deutsche Öffentlichkeit ist aufgrund der Geschichte dieses Landes ohnehin nicht der geeignete moralische Richter in dieser Frage.

Statt einer moralischen Sichtweise sollte vielmehr eine analytische Herangehensweise im Vordergrund stehen. Nicht die faktische Ebene, also die Ereignisgeschichte des Nahostkonflikts, sollte noch einmal dargestellt, sondern die Sichtweise der deutschen Linken und ihrer Wandlungen herausgearbeitet werden.

Die Veranstaltung, an der etwa 20 Personen teilnahmen, gliederte sich in zwei Teile. In den ersten zwei Stunden wurden die Referate von Harald Pätzolt, Martin Fochler, Johannes Kakoures, Juliane Gilles und Nicole Gohlke als Block vorgetragen. In den folgenden zwei Stunden fand eine lebhaftere Diskussion statt. Sie beschränkte sich nicht nur auf das ursprüngliche Thema, sondern streifte auch die Ereignisgeschichte des Nahost-Konflikts. Die Veranstalter boten den Diskutanten an, schriftliche

Vorwort. Von STEFAN BREIT 1

Vorträge

„Sag’ mir wo Du stehst ...“ Anmerkungen zu den Schwierigkeiten der deutschen Linken im Umgang mit dem Israel/Palästina-Konflikt. Von DR. HARALD PÄTZOLT 3

Zu Funktion und Tradition der Palästina-Solidarität in der alten BRD. Von MARTIN FOCHLER 7

Warum die Linke das Prinzip der territorialen Integrität verteidigen sollte. Von JOHANNES KAKOURES 10

Zum Thema Bundestagsbeschluss vom 4.11. 2008 und den Differenzen in unserer Fraktion. Von JULIANE GILLES 12

Palästina-Solidarität heute. Von NICOLE GOHLKE 14

Zuschriften

Emphathie für Palästina? Von ROGER LINDNER ... 16

Kritische Anmerkungen zur Diskussion. Von JÖRG EGERER 17

Zum Umgang der Linken mit dem Nahostkonflikt. Von BERNHARD SCHÜTZ 18

Nachwort

Der Palästina/Israel-Konflikt und die Linke – Ein Resümee. Von Otto Feldbauer 19

Diskussionsbeiträge innerhalb einer Woche einzureichen, die zusammen mit den Referaten veröffentlicht würden. Dieses Angebot wurde von Roger Lindner, Jörg Egerer und Bernhard Schütz wahrgenommen. Auch dieser Verschriftlichungsprozess trägt zu einer Deeskalation der Auseinandersetzung bei.

Harald Pätzolt, Mitkoordinator des Gesprächskreises „Parteien und soziale Bewegungen“ der rls und Mitarbeiter in der Grundsatzabteilung des Parteivorstands, der dankenswerterweise eigens aus Berlin zu unserer Tagung angereist war, stellte die „Schwierigkeiten der deutschen Linken im Umgang mit dem Israel-Palästina-Konflikt“ dar. Er ▶

► brandmarkte die israelische Politik gegenüber den Palästinensern als menschenverachtend, inhuman und unmoralisch. Deshalb sei eine Kritik vonseiten der Linken legitim. Versuche, diese Kritik mit der Einstufung als „antisemitisch“ und „antizionistisch“ zu delegitimieren, müssten deutlich zurückgewiesen werden. Allerdings müsse auch mitreflektiert werden, dass in der deutschen Bevölkerung antisemitische Einstellungen weit verbreitet seien. Diese habe es auch in der DDR gegeben, auch wenn dies dem antifaschistischen Gründungsmythos widerspreche. Problematisch sei eine symbolische Politik von Repräsentanten der Partei, wenn sie mit Vereinfachungen, Polarisierungen und Stereotypen arbeite. Vielmehr sei es wichtig, der Komplexität des Konflikts in Raum und Zeit gerecht zu werden und sich aus der Sichtweise des Konflikts als Episode des einen großen historischen Weltkonflikts zu verabschieden. Hilfreicher seien die Unterstützung für die Herstellung einer Gegenöffentlichkeit gegenüber der einseitig proisraelischen Berichterstattung der deutschen Massenmedien, das Engagement in Projekten, in denen israelische und palästinensische linke Gruppierungen zusammenarbeiteten, und humanitäre Hilfsaktionen für die Menschen in Gaza und im Westjordanland.

Juliane Gilles behandelt in ihrem Beitrag die Auseinandersetzung, die innerhalb der Fraktion der Linken um die Verabschiedung einer parteiübergreifenden Erklärung im Bundestag gegen den Antisemitismus anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht geführt wurde. Die LINKE wurde von dieser gemeinsamen Erklärung aufgrund des Druckes der Unionsfraktion ausgeschlossen. Sie verabschiedete eine wortgleiche Erklärung, der allerdings 11 Abgeordnete der Fraktion nicht zustimmten. Diese behaupteten, dass die Erklärung jeden Versuch einer Kritik an der Politik von NATO, USA und Israel mit dem Hinweis auf den in der Bevölkerung weit verbreiteten Antiamerikanismus und Antisemitismus für illegitim erkläre. Nach Ansicht von Gilles ist diese Auseinandersetzung ohne Kenntnis des sehr speziellen Kontextwissens innerhalb der Linken für Außenstehende ziemlich unverständlich.

Martin Fochler skizzierte in seinem Beitrag, wie sich die Haltung der westdeutschen linken Öffentlichkeit gegenüber dem Staat Israel innerhalb der letzten 60 Jahre geändert hat. Anfangs wurde die Staatsgründung Israels von dieser Seite her wohlwollend beurteilt. Mit der Suez-Krise von 1956 und dem Bündnis Israels mit den Kolonialmächten setzte ein Paradigmenwechsel ein, der sich mit dem 6-Tage-Krieg im Jahre 1967 deutlich verstärkte. Das Bild Israels wandelte sich von einem Vorposten der Demokratie zu einem Vertreter des Imperialismus und Kolonialismus. Die Linke solidarisierte sich mit den palästinensischen Befreiungsbewegungen und hoffte auf das Endziel eines vereinigten sozialistischen Staates. Diese Vision musste aber in den folgenden Jahrzehnten aufgegeben werden, nachdem der „sozialistische Weg“ seine Anziehungskraft auf die arabische Welt verloren und der politische Islam den Sozialismus als herrschende Widerstandsideologie gegenüber der westlichen Welt ersetzt hatte. Damit hatte sich die Sichtweise der palästinensischen Bewegung als Teil einer weltweiten Front im Kampf der Dritten Welt gegen den Imperialismus und für eine sozialistische Perspektive nach Meinung Fochlers erledigt.

Demgegenüber warb Nicole Gohlke für einen neuen internationalistischen Blickwinkel auf den Konflikt in einer globalisierten Welt. Dieser Internationalismus konnte aber nur nach dem Scheitern der realsozialistischen Staaten neu begründet werden. Sie wies mit Recht darauf hin, dass in eine Urteilsfindung, die zur Legitimierung einer politischen Praxis gedacht ist, nicht nur nüchterne Analyse, sondern auch Empathie mit den Betroffenen eingehen muss. Diese Empathie gilt aber nach den Beiträgen von Roger Lindner und Jörg Egerer nicht nur für die in einem asymmetrischen Konfliktverhältnis schwächere Seite, sondern Leid findet sich auf beiden Seiten. Eine empathische Haltung zu Befreiungsbewegungen, die sich zum Anwalt der schwächeren Seite mache, versperre auch den Blick auf deren Verfasstheit, Ziele und Methoden. Bernhard Schütz mahnt in seinem Beitrag eine präzise Fachsprache zum Nahost-Konflikt an. Er kritisiert die unreflektierte Verwendung des Begriffes „Antisemitismus“, die Subsumierung von Juden, jüdischen Siedlern, israelischer Außenpolitik und israelischer Regierung unter den Begriff „Israel“ und stellt in Bezug auf das Verhältnis Israels zur Bundesrepublik Deutschland in Frage, ob Tätersein und Opfersein einfach vererbt werden könne.

Die Diskutanten der Arbeitstagung waren sich weitgehend einig, eine gleichberechtigte und faire Zwei-Staaten-Lösung zu favorisieren, wenn auch Nicole Gohlke Zweifel an der israelischen Haltung aufgrund des expansionistischen Konzeptes des Zionismus vorbrachte.

Andererseits zeigte Johannes Kakoures in seinem Beitrag in einer kurzen Geschichte des Völkerrechtes auf, wie problematisch es sei, die territoriale Integrität eines nun einmal existierenden Staates in Frage zu stellen. Er verdeutlichte, dass die territoriale Integrität, eine historische Errungenschaft sei, die nach der Erfahrung grausamer Bürgerkriege und Vertreibungswellen die einzig fassbare Kategorie für eine Eingrenzung staatlicher Aggression darstelle und nicht leichtfertig in Frage gestellt werden sollte, auch wenn sie manchmal im Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht eines Volkes stünde.

Otto Feldbauer warnt in seinem Nachwort vor einer Gleichsetzung von „Antisemitismus“ als einem rassistischen Kriterium und „Antizionismus“ als einer politischen Ideologie. Er weist darauf hin, dass es innerhalb des „Zionismus“ selbst viele unterschiedliche Meinungen gegeben habe. Nach seiner Meinung ist der Begriff „Imperialismus“ auch heutzutage ein durchaus brauchbares Konzept. Besonders aktuell sei ein „Kulturimperialismus“ mit dem auf die außereuropäische Welt Druck ausgeübt werde, die liberale Werteordnung der westlichen Welt wie z. B. Demokratie zu übernehmen. Für den Nahostkonflikt seien aber nicht nur die imperialistischen Länder verantwortlich, sondern auch die regionalen Mächte wie Israel und Iran, deren Herrschaftsanspruch auf diesen Raum sich unversöhnlich gegenüberstehe.

Mehrere Autoren sahen in der Zusammenarbeit mit friedenswilligen linken arabischen und israelischen Gruppierungen eine Möglichkeit für die Linke, deeskalierend auf den Konflikt einzuwirken.

Stefan Breit

„Sag mir wo Du stehst ...“

Anmerkungen zu den Schwierigkeiten der deutschen Linken im Umgang mit dem Israel-Palästina-Konflikt

Von Dr. Harald Pätzolt

Als ich vor wenigen Tagen, am 14. April um 18:40 Uhr im Deutschlandfunk den Beitrag von Dorothea Jung zum Thema „Antisemitismus der politischen Linken. Ressentiment mit Tradition“ hörte, steckte ich mitten in meinen Vorbereitungen auf diese Tagung. Ich denke, dass wir, damit meine ich die Partei DIE LINKE, das Thema gerade im Superwahljahr nicht los werden. Es wird instrumentalisiert werden gegen uns. Dagegen werden wir uns wehren. Wir haben damit schließlich reichlich Erfahrungen:

- Die Antisemitismusdebatte innerhalb der deutschen Linken reicht, wenn man so will, bis in Marxens Zeit zurück. Ich erinnere an die Debatte um die sogen. „Judenfrage“ und die bis in die Jetztzeit andauernden Deutungsversuche Marxscher Texte und Briefe, und sie hält bis heute an – ob wir das wollen oder nicht.

- Die Debatte um die Haltung der deutschen Linken zum Israel – Palästina – Konflikt wurde geführt seit es diesen Konflikt gibt, also rund 60 Jahre, wobei nicht nur Historiker umgehend auf die Vorgeschichte des Konflikts, die Auseinandersetzungen innerhalb der Linken über den Zionismus usw. verweisen werden.

- Die Partei DIE LINKE besteht seit knapp zwei Jahren und in diesen zwei Jahren war sie gefordert, nicht *im* Israel – Palästina – Konflikt, sondern *zu* diesem Konflikt politisch eine Haltung einzunehmen und innen – wie außenpolitisch zu agieren. Die Partei hat das parlamentarisch wie außerparlamentarisch getan und was sie auch tat, das gilt für die Partei wie für die Bundestagsfraktion, tat sie mit Mehrheit und es war dennoch umstritten.

Auch hierzu wäre anzumerken, dass es ein reiches Erbe der Quellpartei PDS gibt, das die neue Partei sich erst langsam erschließt. Es reicht in die Wendezeit zurück, in der die Regierung Modrow eine grundlegende Revision des Verhältnisses der DDR zu Israel einleitete und die erste frei gewählte Volkskammer die bekannte Resolution „Zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft“ verabschiedete, mit Zustimmung aller Fraktionen, also auch der PDS, welche die Passage enthielt:

„Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für

Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Land (...) Wir erklären, uns um die Herstellung diplomatischer Beziehungen und um vielfältige Kontakte zum Staat Israel bemühen zu wollen.“¹

Womit darauf verwiesen sei, dass die Auseinandersetzung um die Rolle der DDR *im* (!) Israel – Palästina – Konflikt zu diesem Erbe der Partei DIE LINKE gehört.

Spätestens seit der massenmedialen Inszenierung des „Falls Dierkes“,² eigentlich seit Gregor Gysis großer Rede zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels und den Auseinandersetzungen um die Teilnahme und die Reden von Politikerinnen und Politikern der LINKEN an Protestdemonstrationen gegen den Gazakrieg, ist uns in der LINKEN nur zu klar, dass die Auseinandersetzung darum, wie sich die Partei *als Partei* zum Israel – Palästina – Konflikt konkret politisch verhalten soll, *alle* die angeführten Diskussionen virulent werden lässt. Sie sind darum, ob uns das gefällt oder nicht, nicht nur der Hintergrund, sondern genuiner Teil dieser aktuellen politischen Debatte. Und innerparteilich hängt diese Virulenz sicherlich damit zusammen, dass es das Privileg „ewiger“ Oppositionsparteien ist, ideologische Debatten zu pflegen, deren Protagonisten ihre Annahmen nicht dem Praxistest, einer Verifikation oder Falsifikation unterziehen brauchen.

Ich werde darum im ersten Teil meines Beitrages über die Frage der Art und Weise der Legitimierung des Israel – Palästina – Diskurses der Linken und die Notwendigkeit, allen Versuchen der Delegitimierung linker Kritik an der israelischen Palästinapolitik entgegenzutreten, sprechen. In einem zweiten Teil will ich zeigen, dass und warum sich symbolische Politik für diesen Konflikt nicht unbedingt als Mittel anbietet und welche politischen Handlungsformen und Mittel sich wahrscheinlich eher anbieten.

1. Über Legitimation und Delegitimation

Wir werden uns auf einige Tatsachen, Fakten und Hintergründe der aktuellen linken Debatte verständigen können:

- Die israelische Palästinapolitik ist menschenver- ▶

1 Stenografisches Protokoll der 2. Tagung der Volkskammer der DDR vom 12.04.1990

2 Hermann Dierkes, ein politisch sehr erfahrener Gewerkschafter und Genosse, Fraktionsvorsitzender der linken Stadtratsfraktion in Duisburg, hatte in einer Versammlung eines Ortsvereins der Partei auf den Aufruf sozialer Bewegungen beim Weltsozialforum von Belém verwiesen. Daraufhin begann eine massenmediale Verleumdungskampagne gegen ihn und die Linken, prominente Genossinnen und Genossen distanzieren sich vom angeblichen Israel-Boykottaufruf und von jeglichem Antisemitismus. Dierkes trat als Kandidat für DIE LINKE zu Duisburger OB-Wahl zurück. In einem klärenden Gespräch im Geschäftsführenden Parteivorstand wurden gegenseitige Fehler eingeräumt und festgestellt, dass es in der Partei keine Zweifel an der moralischen und politischen Integrität des Genossen gibt.

▶ achtend, inhuman, verletzt elementare Menschenrechte und ist unmoralisch. Darum ist sie, auch von links, zu kritisieren und zu verurteilen.

- Die Kritik und Verurteilung der aktuellen israelischen Palästinalpolitik ist als solche nicht automatisch antizionistisch und auch nicht antisemitisch.

- In der Bevölkerung sind antiisraelische, aber eben auch antizionistische und antisemitische Einstellungen weit verbreitet. Die Linken sind davon nicht frei.

- Die deutschen Massenmedien sind proisraelisch parteiisch in ihrer Berichterstattung über den Israel – Palästina – Konflikt.

- Die deutsche Außenpolitik ist in diesem Konflikt ebenso proisraelisch parteiisch.

Unter diesen Umständen *muss* linke Kritik an der israelischen Palästinalpolitik damit rechnen, umgehend und öffentlich als antizionistisch und antisemitisch denunziert zu werden.

Das heißt, das Umfeld zwingt uns, diese Debatte zum Israel – Palästina – Konflikt umgehend zu legitimieren. Aber wie? Einmal geschieht das mit Verweis auf ein Allgemeines, durch den Verweis auf die Menschenrechte und deren Unteilbarkeit. Für uns ist dann dieser Konflikt einer von vielen, *an sich* nichts Besonderes. Ein Menschenrechtsdiskurs also.

Dann aber gibt es die Legitimation des Diskurses durch ein Einzelnes, den Verweis auf die Tatsache, dass wir Deutsche sind. *Für uns* ist der Konflikt ein einzigartiger wegen des besonderen deutsch – israelischen Verhältnisses. Das ist der Rekurs auf die deutsche Geschichte, der Verantwortungsdiskurs.

Beide Diskurse sind sicher *notwendig* zur Legitimation unserer Kritik. Aber sind sie schon *hinreichend*? Sind sie *links*? Müssten wir nicht eine Legitimation finden für uns als Menschen, als Deutsche *und als Linke*?

Hier stecken wir vermutlich in einem gewissen programmatischen Dilemma. Zwar verfügt DIE LINKE über ein Parteiprogramm, dieses ist aber nicht ohne Grund „Programmatische Eckpunkte“ benannt. Darin ist auch der zum Erbe der neuen Partei gehörige Begriff des Demokratischen Sozialismus aufgenommen, bestimmt als Wert, Ziel und Bewegung. Der taugt gut zur Orientierung innerhalb der eigenen Gesellschaft, die damit verbundenen Vorstellungen von Politik und Gesellschaft scheinen mir allerdings nur eingeschränkt tauglich zum Verständnis der Entwicklung anderer Gesellschaften, gar solcher außerhalb des eigenen Kulturkreises. Welche normative Vorstellung von der Zukunft der palästinensischen und der israelischen Gesellschaft haben wir eigentlich? Müssten wir darüber nicht Auskunft geben, wenn wir eigene außenpolitische Ziele im Israel-Palästina-Konflikt formulieren wollen?

Die ganze Programmdebatte liegt derzeit noch brach. Ob und wie sich die neue Partei dazu verhält, dass es eine Vielfalt historisch- kultureller Entwicklungen von Gesellschaften und deren Ordnungen, Organisationen und Institutionen gibt, welche Politik- und Gesellschaftsvorstellungen sie in einem Parteiprogramm fixieren wird – der programmatische Mangel sollte behoben werden, auch weil es sonst an Orientierung für die Analyse und Bewertung eines konkreten Konflikts weiterhin

mangeln würde. Ich komme darauf zurück.

Soweit zur Frage der *Legitimierung* des Diskurses. Ich habe darauf hingewiesen, dass es in Deutschland einerseits einen durchaus verbreiteten Antisemitismus und andererseits eine solide massenmediale Praxis einseitiger proisraelischer Parteinahme gibt. So richtig es ist, dass sich der Antisemitismus nach Ende des Dritten Reiches in subtilere Gewänder transformierte und in der Kritik an der israelischen Palästinalpolitik eine scheinbar unverdächtige Ausdrucksform fand –den Versuchen der *Delegitimierung* (linker) Kritik an der israelischen Palästinalpolitik durch die bloße Behauptung, diese sei antisemitisch motiviert, muss entschieden entgegen getreten werden.

Im „Fall“ Hermann Dierkes machten etwa die prominenten Politikerinnen und Politiker der Linkspartei, die sich in der Erklärung vom 1. März von jeglichem Antisemitismus (und damit natürlich von ihrem Genossen Dierkes) distanzieren, den Fehler, den Vorgang der Skandalisierung durch die Medien nicht genauer analysiert zu haben.

- Man hätte die „öffentliche Empörung“ auch als Inszenierung entlarven müssen, insoweit sie den Antisemitismusvorwurf interessiert nach vorn spielte.

- Man hätte zwischen Absicht und Wirkung der Äußerungen von Hermann Dierkes einen klaren Unterschied machen und so den eigenen Genossen schützen müssen.

Bei der Abwehr des unbegründeten Antisemitismusvorwurfs sollte uns bewusst sein, dass die widersprüchliche Geschichte des Umgangs der deutschen Linken mit diesem Konflikt, der SED und DDR wie der in der alten BRD, einschließlich jener der DKP, ein eigenständiges Feld der politischen Auseinandersetzung darstellt.

Kleiner Exkurs zur innerparteilichen Debatte zum Thema Antisemitismus in der DDR

Innerhalb der LINKEN findet, gewissermaßen in Fortsetzung der Debatte aus der PDS, ein beharrlicher Kleinkrieg um die Frage statt, ob es in der DDR Antisemitismus gegeben habe oder nicht. Scheinbar wird dieser Streit nur von wenigen, darum aber umso unbeugsamer, geführt. Er berührt aber insofern das Selbstverständnis der neuen Partei als damit die Haltung der LINKEN zur DDR – Geschichte an einem neuralgischen Punkt berührt wird.³ Ich will hier das ganze historische Material nicht ausbreiten, an der Debatte scheint interessant, dass die Relativierer des Antisemitismus in der DDR in der Behauptung, es hätte einen relevanten Antisemitismus in der DDR gegeben, einen weiteren Versuch der Delegitimierung der DDR selbst sehen, was insofern ganz richtig beobachtet ist, als der antifaschistische Gründungsmythos in der Tat betroffen ist und der kommunistische Egalitarismus als antisemitisch erkannt wird.

Das ist für die Generationen, die die DDR getragen haben, ich zähle mich dazu, keine akademische Frage, sondern eine der eigenen Identität. Genau aus diesem Grund hatte ich mit meinem Forschungsbereich Politische Psychologie an der Berliner Humboldt-Universität nach der Wende ein Projekt, das sich mit dem Verhältnis der DDR- Bür-

³ Stellvertretend sei auf die Beiträge von Horst Helas und Detlev Joseph in den Rundbriefen der AG Rechtsextremismus der Partei DIE LINKE, 1 – 2/08, 4/08 und 1/09 verwiesen.

gerinnen und -Bürger zu Israel und den Juden beschäftigt, begonnen. Ich denke, wir waren damals unter den ersten, die sich damit wissenschaftlich befassten. Und ich kann sagen, dass die hasserfüllten Reaktionen auf die Presseveröffentlichung der Ergebnisse nicht ausblieben.⁴

Ich bin heute der Meinung, dass gewisse Leute nicht zu belehren sind und dass es dennoch ein Auftrag politischer Bildung ist, diese Geschichte immer wieder zu erzählen. Und ich bin weiterhin der Meinung, dass die ganze Subtilität des Antisemitismus noch weitgehend unbekannt ist und mein Freund und Kollege, der Jenaer Sozialpsychologe Prof. Wolfgang Frindte recht damit hat, jedes Kapitel seines Buches „Inszenierter Antisemitismus“ mit dem stereotypen Satz zu beschließen: „*Ceterum censeo: Der Antisemitismus muss vernichtet werden.*“⁵

2. Was sollten wir lassen, was können wir tun?

Zunächst einmal behaupte ich, dass symbolische Politik nicht für eine wirksame Einflussnahme auf die israelische Palästinapolitik taugt, wenn sie (das ist in der Regel der Fall) mit Vereinfachungen und Polarisierungen arbeitet. Symbolische Politik ist immer der Versuch, politischen Einfluss über die Beeinflussung der sogen. Öffentlichen Meinung zu gewinnen. (*Ist nicht zu verwechseln mit strategisch angelegten Versuchen politischer Subjekte, durch systematische Aufklärung und Information gegen Propaganda vorzugehen oder mit strategisch angelegten Aktivitäten zur Herstellung/Erlangung der Hegemonie im Sinne Gramscis*)

- Singuläre Aktivitäten werden in der Regel symbolisch aufgeladen, was in manchen Fällen so gewollt ist, in andern beklagt wird. So waren die Protestdemonstrationen gegen den Gazakrieg zweifellos bewusst inszenierte symbolische Politik, die Gastauftritte von Politikerinnen und Politikern der LINKEN von diesen selbst eher nicht so gewollt: Geht man auf die Demo der einen oder der andern Konfliktpartei – es ist fast gleichgültig, was man dort sagt, der Kontext bestimmt die Wahrnehmung als Parteinahme, hier für die palästinensische Seite. Zugleich wird DIE LINKE auch künftig kaum umhin kommen, zu und auf derartigen Veranstaltungen sich zu äußern.

- Die symbolische Politik ist für Deutsche problematisch, wenn sie mit Tabubrüchen arbeitet. Die Aufforderung zum Boykott israelischer Waren im Gefolge des internationalen BDS – Bewegung verletzte natürlich ein Tabu, insofern der Zusammenhang zwischen dem Judenboykott im Dritten Reich und dem Boykottaufruf gegen Israel geleugnet wird. Die Infragestellung eines solchen Tabus wird sozialwissenschaftlich als sogen. „sekundärer Antisemitismus“ = Infragestellung der besonderen deutschen Verantwortung gegenüber den Juden bezeichnet.

Doppelt problematisch wird, wenn *Repräsentanten* der LINKEN symbolisch derart Partei ergreifen, weil sie unter medialer Beobachtung in der Öffentlichkeit stehen.

Was also können wir als Linke tun und tun wir bereits?

1. Zunächst einmal eine ewige Aufgabe: Konkret und entschlossen jede Form von Antizionismus und Antisemitismus bekämpfen – auch in den eigenen Reihen. (*Das klingt gut, schon bei der Frage des Antizionismus, etwa nach dem Existenzrecht des Staates Israel, ist es mit der Gewissheit gelegentlich vorbei ...*)

2. Die ganze Geschichte erzählen, also die Komplexität des Konflikts z. B. nicht auf ein Freund – Feind – Schema oder das Opfer – Täter – Schema reduzieren. (*Das ist unbeliebt, weil es die einfache Parteinahme auf der politischen Ebene immer an konkrete Bedingungen knüpft ...*)

Was ist unter der *Komplexität* des Konflikts zu verstehen?

Die ist einmal eine *objektive*: Raum und Zeit, Bedingungen, Geschichte, Interessen, Strukturen, Akteure, der internationale Kontext usw.

Was die *Geschichte* des Konflikts betrifft, so herrscht an Sach- und Fachwissen auch unter Linken kein Mangel. Komplexitätsreduktion allerdings ist das Problem, nicht genuiner Mangel an Komplexität im Sinne fehlender Sachkenntnis, etwa wenn *Die Geschichte* derart (re-)konstruiert wird, dass eine Seite von Anbeginn die Schuld an der ganzen Entwicklung bis heute hat.

Nicht nebenbei will ich anmerken, dass wir unser christliches Erbe in dieser Angelegenheit ruhig annehmen sollten. Der Begriff der *Compassion*, wie ihn der Politische Theologe Johann Baptist Metz formuliert, also den Blick nicht auf die Sünde des andern, sondern auf sein Leiden zu richten, könnte hier heilsam wirken. Wer Leid wahrnimmt, wird friedensfähig.

Ich habe vorhin über programmatische Defizite der Partei DIE LINKE gesprochen und behauptet, dieser Mangel an Orientierung würde unsere Fähigkeit zur Analyse und Bewertung des Israel – Palästina – Konflikt erschweren. Ich will das kurz begründen.

Als ich im vergangenen Jahr im Rahmen eines Projekts zur Stärkung der Demokratie zweimal im Westjordanland war und dort in verschiedenen Städten Workshops mit palästinensischen Linken durchführte, fragte ich mich im Nachhinein, welche Vorstellung von gesellschaftlicher und politischer Entwicklung dem Ganzen eigentlich ursprünglich zugrunde lag. Und welchen Ansatz zur Analyse der Entwicklung von Gesellschaften wie der israelischen und der palästinensischen haben wir in der LINKEN eigentlich? Mit welchen sozialwissenschaftlichen Konzepten arbeiten wir, wenn wir Staaten wie Mexiko, Russland, Syrien oder Venezuela politisch analysieren? Oder, um es einmal etwas hart zu formulieren: Was ist an die Stelle der marxistischen Gesellschaftstheorie und des entsprechenden Fortschrittsglaubens getreten?

Es gibt eine breite Diskussion über die Grundlagen von Entwicklungs- und Demokratisierungshilfe, die wir vielleicht bei nächster Gelegenheit zum Gegenstand einer Arbeitstagung machen könnten. Ein interessanter Ansatz neben anderen für mich ist ▶

4 Krise der Nationalen Identität der Ostdeutschen. Teilprojekt 1: Das Bild Israels und der Juden bei den Ostdeutschen; Studie 1: Das Bild Israels und der Juden als soziale Repräsentationen. Studie 2: Das Bild Israels und der Juden als politischer bzw. ethnischer Stereotyp. Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Interdisziplinäre Zivilisationsforschung, Berlin 1991

5 Frindte, Wolfgang (2006): Inszenierter Antisemitismus, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften

► der von Douglass C. North und Kollegen zur Verfasstheit sozialer Ordnungen.⁶ Es gibt andere Theorien und Ansätze. Welche wir auch für ertragreicher halten, immer sind doch Fragen danach zu beantworten, wie sich Gesellschaften und deren Ordnungen und Institutionen entwickelt haben und wie sie sich weiter entwickeln können. Ohne derartige Grundierung bleibt unser politisches Bild vom Israel – Palästina – Konflikt grau.

Soweit die objektive Seite der Komplexität des Konflikts. Andererseits ist diese Komplexität eine *subjektive*, die beständig durch den Reduktionismus der sozialen Konstruktionen der eigenen Gesellschaft als guter und der andern als feindlicher, schlechter, reduziert wird. Es sind nicht zuletzt psychische Faktoren, die den Konflikt als Paradox erscheinen lassen. Daniel Bar-Tal, jüdisch-israelischer Psychologe, beobachtete ein schwieriges Paradox in den Beziehungen zwischen jüdischen Israelis und Palästinensern:

„Einerseits ist die Mehrheit in beiden Gesellschaften bereit zu weit reichenden Kompromissen zur friedlichen Lösung des Konflikts. Andererseits schreibt die Mehrheit in beiden Gesellschaften dem Gegner in stereotyper Weise extrem negative Züge zu und verharrt in umfassender Furcht und einem tiefen Misstrauen, das jeder Verhandlungslösung entgegensteht. Hinzu kommt, dass die Mehrheit in beiden Gesellschaften Gewalthandlungen gegen den Gegner unterstützt. Das besagt, dass psychologische Faktoren in der gegenwärtigen Phase des israelisch-palästinensischen Konflikts eine zentrale Rolle spielen. Aufgrund dieser psychologischen Barrieren, die von diversen politischen Kräften be-

wusst ausgenutzt werden, erscheint der Konflikt den Mitgliedern beider Gesellschaften in naher Zukunft schier unlösbar.“⁷

Ist dieser Bestand an psychologischen Barrieren bei den Konfliktparteien nicht anders als tragisch zu nennen, so müsste man die Übernahme derartiger Muster oder das Einfügen in diese Schablonen durch deutsche politische Akteure als verantwortungslos bezeichnen. Für die einseitige proisraelische Parteinahme von Massenmedien und des politischen Establishments habe ich das bereits getan, es gilt aber wohl ebenso für die einseitig propalästinensischen Akteure. Man wird so Teil des Problems, Partei im Konflikt und das scheint mir nicht der richtige Weg, zur Konfliktlösung beizutragen.

Aber es ist nicht nur jede linke Interpretation des Konflikts als (immer noch) Bestandteil einer vermeintlich bipolaren Welt, als eine Episode des einen großen historischen Weltkonflikts (zwischen Arm und Reich, Nord und Süd, Kapital und Arbeit, also zwischen Gut und Böse usw.), womit wir es zu tun haben. Zur Untauglichkeit antiimperialistischer Theorien hat Gregor Gysi m.E. alles in der erwähnten Rede gesagt.⁸

Auch die Wahrnehmung und Beschreibung des Konflikts als eines regionalen Konflikts, deren Protagonisten allein nicht in der Lage sind, diesen zu lösen, führt möglicherweise auf Abwege. Sei es, dass dafür das gegebene Kräfte – Ungleichgewicht angeführt wird oder die innere Verfasstheit Israels – es läuft auch diese Interpretation politisch auf die Begründung einer Art Intervention hinaus. Soweit es sich um die Durchsetzung der Kernbeschlüsse der UNO zu Israel und Palästina betrifft (Zwei-

Die emotionelle Ambivalenz des Kriegs- und Friedensparadigmas

	Schafft Sicherheit	Kreiert Unsicherheit
Kriegsparadigma	Weil es erprobt ist - und verlässliche Handlungsmuster fortgesetzt werden können	-
Friedensparadigma	Weil es ein Ende der Gewalt verspricht	Weil neue Verhaltensmuster ausprobiert werden müssen, deren Effektivität noch unsicher ist.

Einstellungsmuster zum Israel-Palästina-Konflikt

	Pro Israel	Neutral	Pro Palästina
Kriegsparadigma	Unkritische Unterstützung der israelischen Politik; Delegitimierung der Palästinenser und Rechtfertigung der israelischen Gewalt		Kritik der israelischen Politik; Delegitimierung der Israelis und Rechtfertigung der palästinensischen Gewalt
Friedensparadigma	Kritik der Politik beider Seiten; Betonung der vitalen Bedürfnisse der Israelis und Verurteilung der Gewalt beider Seiten	Kritik der Politik beider Seiten; Betonung der vitalen Bedürfnisse beider Gesellschaften und Verurteilung der Gewalt beider Seiten	Kritik der Politik beider Seiten; Betonung der vitalen Bedürfnisse der Palästinenser und Verurteilung der Gewalt beider Seiten

Aus: Israel-Kritik und moderner Antisemitismus. Wilhelm Kempf, Universität Konstanz (Deutschland), 2009 (unveröffentlichtes Manuskript, im Original Englisch, Übersetzung durch die Redaktion)

6 North, Douglass C., Wallis, Joseph John & Weingast, Barry R. (2009): Violence and Social Orders: A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History; Cambridge Univ Pr

7 Bar-Tal, Daniel (2005), In: Wissenschaft & Frieden, 2005-2

8 Gysi, Gregor (2008), Die Haltung der Deutschen zum Staat Israel; rls, Tel Aviv

Staaten-Lösung, die Grenzen von 1967 und Gewaltverzicht) ist das unter Führung des Sicherheitsrates wohl auch notwendig. Alles Weitere aber, also die Ausweitung der bisherigen Entwicklungs- und Demokratisierungshilfe zu einer Art Marshallplan für Palästina, bedarf für die Linke m.E. einer gründlichen Diskussion mit den Beteiligten – und den Betroffenen. Ich habe das oben begründet.

3. Konkrete Oppositionsarbeit gegen die einseitig proisraelische Außenpolitik der Bundesregierung.

4. Konkrete Unterstützung für Projekte, Personen und Institutionen, die sich an der Herstellung von Gegenöffentlichkeiten, die für eine realistische Berichterstattung über den Konflikt sorgen, beteiligen.

5. Natürlich konkretes Engagement vieler Mitglieder und Sympathisanten in Projekten der Zusammenarbeit mit israelischen und palästinensischen Linken.

6. Humanitäre, zivile Hilfsaktionen für die Menschen in Gaza und im Westjordanland
Abschließend möchte ich sagen: Ich bin kein Politiker und stehe persönlich nicht in deren Handlungszwängen und habe auch nicht deren Erklärungsnot zu ertragen. Ich habe palästinensische und jüdische Bekannte und weiß daher, wie schwer es ist, sich der Logik meiner Bekannten: „Du kannst nur auf einer Seite der Mauer stehen!“ zu verweigern. Ich halte es dennoch, nicht aus Selbstschutz, sondern aus Einsicht heraus, für notwendig.

Am Grab des palästinensischen Nationaldichters Mahmoud Darwish war ich und eines seiner Gedichte ist mir besonders nahe:

An einen anderen Mörder

Hättest du das Kind im Mutterleib
Noch dreißig Tage leben lassen, hätten sich
Alle Wahrscheinlichkeiten geändert: Vielleicht
Endet die Besatzung. Vielleicht
Erinnert sich der Säugling nicht an die Zeit
Der Belagerung. Vielleicht
Wächst gesund das Kind auf und wird
Zum Mann. Vielleicht
Studiert er an einem Institut
Die alte Geschichte Asiens
Gemeinsam mit deiner Tochter. Vielleicht
Fallen sie beide ins Netz der Liebe. Vielleicht
Bekommen sie dann eine Tochter, die der Geburt nach
Jüdin ist.
Was hast du bloß getan?
Deine Tochter ist jetzt verwitwet
Und deine Enkelin verwaist
Warum hast du deine Familie auseinander gerissen?
Und warum traftst du drei Tauben
Mit einem einzigen Schuss?

Zu Funktion und Tradition der Palästina-Solidarität in der alten BRD

Von Martin Fochler

Im schwierigen Bildungsprozess der Staaten Israel und Palästina wären Wege zu nachbarlichem Auskommen gefragt. Im Prozess der politischen Meinungs- und Willensbildung in der BRD nähren die dortigen Ereignisse vor allem den hiesigen Streit der Parteien und Richtungen um Ansehen, Geltung und Machtentfaltung Deutschlands. In unserer oppositionellen, linken Diskussion geht es nicht selten um Hegemonie kultureller und politischer Deutungsmuster, die verbandlich gepflegt und ausgebaut werden und deren Greifen oder Nicht-Greifen zur Frage von Sein oder Nicht-Sein solcher Vereinigungen werden kann. Kommt es zu solchen Verschiebungen des Erkenntnisinteresses, so steht am Ende der politische Mensch in einer Sackgasse, in einer erstarrten Identität, die in der wirklichen geschichtlichen Bewegung vor allem Belege sucht, dass einmal mehr gesagt werden kann, was immer schon gesagt wurde. – Ein Ausweg aus diesem vulgär mit Rechthaberei bezeichneten Dilemma könnte im kritischen Blick auf die politische Tradition liegen, aus der heraus argumentiert wird. Eine solche Anstrengung hat es kaum mit Israel/Palästina und der dort möglichen Entwicklung zu tun, sondern mit der Israel/Palästina-Diskussion in der BRD, die eine eigene Geschichte hat.

Israel-Bild in den fünfziger Jahren: Orangen in der Wüste, Kibbuzim, Wiedergutmachung ... In der öffentlichen Meinung der BRD, deren Westbindung mit der 1954 erfolgten Einladung zum 1955 vollzogenen Nato-Eintritt fixiert war, stand die Anerkennung Israels im Zusammenhang mit dem Streben nach „Wiedergutmachung“. Das Israel-Bild war positiv: Im Sinne einer technischen (Orangen in bewässerter Wüste), zivilisatorischen (Demokratie statt Feudalstruktur) und sozialen (Kibbuzim) Verbesserung der Welt; ein wohlwollender und gegenüber der 3. Welt zugleich dunkelhafter Interpretationszusammenhang, der von Gewerkschaften, Sozialdemokratie, Religionsgemeinschaften und Teilen liberalisierter Presse gepflegt und in der jungen Generation aufgegriffen wurde. Die Auffassungen der 1956 wirksam verbotenen KPD drangen in eine breitere Öffentlichkeit nicht vor. Im Suez-Krieg von 1956 sah man dann aber Israel im Bündnis mit Großbritannien und Frankreich, Mächten, denen es offensichtlich um Verteidigung einer kolonialen Einflussphäre ging, wie das auch der Kolonialkrieg Frankreichs in Algerien zeigte, der erst 1962 mit der Unabhängigkeit Algeriens endete.
Vietnam: Der Glaube an die zivilisatorische Sendung des Westens schwankt. In der jüngeren Generation entwickelte sich (in wohl allen Ländern des „Wes- ▶

►tens“) eine Kritik an Kolonialismus und Rassismus. Die Verstrickung Israels in die Kriege des untergehenden klassischen Kolonialismus tat der Sympathie für die Staatsgründung einigen Abbruch.

Allerdings blieben Konzepte einer im westlich-kapitalistischen Sinne missionierenden zivilisierenden Entwicklung der Welt populär. Ausdruck davon waren die großen Erwartungen an den 1961 gewählten John F. Kennedy. Er fiel 1963 einem Attentat zum Opfer und wurde durch Vizepräsident Lyndon B. Johnson ersetzt, der als Mann der Rüstungsindustrie bekannt war. 1964 inszenierte die US-Regierung einen Zusammenstoß mit Nordvietnam (Flottenzwischenfall im Golf von Tongking), im März 1965 begann die Bombardierung Nordvietnams durch die USA, verbunden mit einer Anlandung von Truppen in Südvietnam. Binnen 10, 20 Monaten verschoben sich die moralisch-politischen Koordinaten.

Der Glaube an Entwicklung durch technische und kulturelle „Hilfen“ brach zusammen. Als die USA die Unterstützung ihrer Verbündeten einforderten, auch von BRD und auch mit dem Ruf nach Truppen, wurde der politische Kampf gegen diesen neuen Imperialismus zu einer lebenspraktisch dringlichen Frage der jungen Generation in allen Nato-Staaten. Es kam zu einem massiven Vertrauensverlust in die staatlichen und gesellschaftlichen Autoritäten der eine Haltung der „Verweigerung“ begründete.

Strukturwandel der Arbeitswelt – die Jugendkultur wird „antiautoritär“. Der in diesen Jahren einsetzende Strukturwandel der industriellen Welt besorgte dem zusätzlichen Schub. Forderte die Umwandlung handwerklicher Arbeit in industrielle Verfahren Anfangs des 20ten Jahrhunderts den Typus des zur „genauen Arbeit nach Vorschrift“ befähigten Arbeiters, wurden nun, im Zuge der Verwissenschaftlichung von Produktionsprozessen Arbeitskräfte benötigt, die schulisch und durch Studien vorgebildet, im vorgegebenen Rahmen Eigeninitiative entwickeln sollten.

Autorität, Disziplin, Gehorsam, die noch in der Zeit des industriellen Wiederaufbaus der BRD Grundlagen von Leben und Überleben waren, wurden suspekt, ja lächerlich. In der BRD schuf diese Entwicklung neue Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Deutschland sowie mit Institutionen und Traditionen aller Art, einschließlich auch denen der Lebensgestaltung zwischen Geschlechtern und Generationen, die als „autoritär“ gekennzeichnet wurden und spätestens mit dem Generationswechsel dem Veralten verfallen schienen.

Politische Neuorientierung greift auf vorhandene Deutungsmuster zurück. Politische Neuorientierung und gesellschaftlicher Wandel vollzogen sich miteinander verschränkt, nebeneinander, durcheinander. Im Zuge dieser Neuorientierung griff die junge Generation vorhandene Deutungen und politische Strategien auf. Ein Teil blieb bei der Perspektive einer marktwirtschaftlichen Weltordnung, ein anderer tendierte zu einem staatswirtschaftlich geordneten System internationaler Arbeitsteilung, wie es sich im RGW zeigte, ein dritter zu der vor allem von der VR-China vertretenen Entwicklungsstrategie, die – wirtschaftlich und politisch – die staatliche Unabhängigkeit an die erste Stelle setzte und damit den nächsten Bedürfnissen der Gesellschaften entgegenkam, die es mit Kolonialherrschaft zu tun gehabt hatten. In diesem militärischen, staatspolitischen und ideologischen Kräftefeld vollzog sich

eine Neubewertung des Staats Israel durch die Generation der 68er.

Der Staat Israel siegt im 6-Tage-Krieg von 1967 und verliert im Frieden. Ein Wendepunkt im Israel-Bild war der 6-Tage-Krieg von 1967, der mit dem Sieg des Staates Israel über ein Militärbündnis Ägyptens, Jordaniens und Syriens endete. Zunächst gehörte die öffentliche Meinung dem Staat Israel, der sich vor militärischer Zerschlagung gerettet hatte. Dann zeigten sich die Folgen für die Palästinenser. Nun wurde der Staat Israel von den linken Strömungen als Vorposten eines neuen Kolonialismus / Imperialismus der USA im nahen Osten gesehen, als ein Teilabschnitt in einer weltweiten Auseinandersetzung mit dem Imperialismus, die nach dem Muster des Befreiungskriegs in Vietnam aufzunehmen sei. Das Deutungsmuster der von der US-Zentralmacht abhängigen Vorpostenregimes war damals verbreitet und wurde durch die Tatsache gestützt, dass das Nato-Bündnis viele Mitglieder und Partner hatte, die nicht demokratisch legitimiert waren. Kritik daran war gefährlich: Als im Juni 1967 Benno Ohnesorg bei einer Anti-Schah-Demonstration in Westberlin von der Polizei erschossen wurde, passte das ins Bild. Das System hatte die Kampfhandlungen eröffnet.

Die für so viele politische und kulturelle Werte unempfindliche, naive Brutalität der damaligen Diskussion kann aus der realen Konfrontation mit dem realen Vietnamkrieg erklärt werden. Die Legitimation des bewaffneten, auch durch irreguläre Einheiten getragenen Kampfes, – in den antikolonialen Befreiungskriegen entstanden und in Vietnam in der Lage, der Militärgewalt der USA zu widerstehen – wurde auf eine Vielzahl von Konfliktfeldern übertragen, die sämtlich unter den Begriff des „antiimperialistischen Kampfes“ subsumiert wurden.

Die Einordnung des Konflikts in eine „weltweite Front gegen Imperialismus und Reaktion“ und die Folgen. Im nahen Osten mit dem Brennpunkt Israel / Palästina, im Konflikt zwischen „Zionismus und arabischer Reaktion“ stellten sich die politisch linksgerichteten Bewegungen der Palästinenser als die Kraft dar, die für neue Verhältnisse, ein vereinigtes, sozialistisches Palästina sorgen könnten. Im Zuge eines erfolgreichen Befreiungskriegs würden sich Probleme der politischen, technischen, zivilisatorischen Entwicklung lösen („Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein ...“).

Weltweit waren die Bewegungen der „Neuen Linken“ nicht in der Lage, Kriterien für die Legitimation des bewaffneten Kampfes bzw. Zulässigkeit von Kampfhandlungen zu finden. 1972 führte die Taktik der Geiselnahmen in München in ein Blutbad, als ein palästinensisches Kommando Olympiateilnehmer aus Israel gefangen nahm, um palästinensische Häftlinge in Israel freizupressen.

In der BRD-Linken hatte sich die Kritik an der Staatspolitik Israels in eine Kritik des staatlichen Bestandsrechts verwandelt.

Die Ablehnung des Existenzrechts des Staates Israel und der Antisemitismus der alten Nazis. Trotzdem kam es damals nicht zu Überkreuzungen von antisemitischer Nazi-propaganda und antiimperialistischer Solidaritätsbewegung. Die antiautoritären, kritischen Bewegungen jener Tage standen vielmehr in einer heute kaum noch vorstellbaren direkten Auseinandersetzung mit Trägern der Staatsautorität, die „dabei“ gewesen waren. Bis auf ganz wenige („Unbelehrbare“) Gestalten standen die gewesenen

Nazis inzwischen fest an der Seite der USA, im Bündnis gegen die Länder des Staatssozialismus, gewillt Befreiungsbewegungen in den „Entwicklungsländern“ zu unterdrücken und innenpolitisch in schroffem Gegensatz zu den kritischen, antiautoritären und linken Bewegungen der Jugend.

Strukturen der Naziherrschaft mit ihrer Missachtung alles Nicht-Deutschen zeigten sich in der BRD jener Tage zudem im Umgang mit sogenannten Randgruppen, vor allem aber in dem entrechteten Status der aus den agrarischen Ländern des Südens angeworbenen „Fremdarbeiter“, die in besonders belastenden Arbeitszweigen verschlissen wurden. Geplant war ein „Rotationsprinzip“ mit Abschiebung der Verbrauchten in das Herkunftsland. Die Kritik an deutschem Dünkel, Ausgrenzung, Rassismus fand ihre Gegenstände in der Staatspolitik und den gesellschaftlichen Strömungen, die sie provozierte.

Am Kampf gegen die reaktionären Ausländergesetze und ausschließende Praktiken und Ideologien beteiligten sich die Gewerkschaften, die auf eine Klärung der rechtlichen Stellung im Betrieb drängten, es beteiligten sich kirchliche, insbesondere faschismuskritische Kreise, es beteiligten sich radikaldemokratische Liberale und es beteiligte sich die Linke, die damit ein strategisches Interesse an einer Radikalisierung der Arbeiterbewegung verband.

Im Zuge dieser Auseinandersetzung entwickelten sich vielfältige Beziehungen zwischen Gewerkschaften, Kirchen und eben auch Organisationen der Neuen Linken zu in der BRD tätigen Vereinigungen von Migranten und Emigranten, die dezidiert kritische Auffassungen über die Zustände in ihren Herkunftsländern bekannt machten, nicht selten gestützt auf die erhebliche Zahl von Studenten aus diesen Ländern an den traditionsreichen Universitäten des Landes. In der jungen Generation entstand eine Stimmung internationaler Verbrüderung, der tatsächlich erlebte Wandel der Welt verlieh Hoffnungen auf weitere, große Umgestaltungen Auftrieb, einen Fortschritt der Welt, mit dem sich bekannte Probleme der alten Gesellschaft quasi nebenbei erledigen würden.

Die strategischen Ansätze der sozialistischen Weltbewegung scheitern. Wie bekannt ist, fügte sich der Lauf der Welt nicht in diese Wünsche. Nach dem Ende des Vietnamkriegs kam es zu regionalen Kriegen, in Kambodscha zu Terror und Massenmorden an der Bevölkerung. Die Anziehungskraft des „sozialistischen Wegs“ verblasste. Als 1979 das reaktionäre, mit den USA verbündete Schah-Regime Irans unterging, erlebte die Welt eine Machtergreifung des politischen Islam, die eine ungeheure Ausstrahlung entwickelte; in diesem Zusammenhang steht auch die Intervention und Niederlage der UdSSR in Afghanistan, der Anfang vom Ende des staatssozialistischen Systems mit seiner nach politischen Kriterien organisierten und militärisch garantierten internationalen Arbeitsteilung. Auch die dazu alternative Strategie einer ganz „auf die eigene Kraft“ gestützten Modernisierung forderte große und schreckliche Opfer (sie steht im Hintergrund der Massaker in Kambodscha), bis sie schließlich fast überall aufgegeben wurde.

In dieser geänderten Weltlage fiel die Perspektive der Aufhebung des Israel/Palästina-Konflikts in einer neuen, besseren, sozialistischen usw. Ordnung weg, sie wurde von keiner der relevanten Konfliktparteien mehr als Ziel formuliert.

Was nach dem Wegfall (allzuviel) rechtfertigender Strategien bleibt. Unbestreitbar ist heute wohl, dass der Staat Israel, unter allen Umständen, die kommen mögen, jüdischem Leben eine Zufluchtsstätte garantieren will.

Ebenso kann als sicher gelten, dass die politischen Organisationen der Palästinenser nach einem Staat streben, dessen innere Ordnung und außenpolitische Bindung sie selbst bestimmen können. – Offenbar müssen beide Staaten nebeneinander existieren.

Unter solchen Gegebenheiten konnte eine linke Kritik, die mit dem Bestandsrecht des Staates Israel spielt, zum Objekt von Nazi-Strategien werden. Besonders nach dem Anschluss der DDR an die BRD lebte in Deutschland die in der BRD stets latente Vorstellung vom ethnisch reinen, kulturell monolithischen „Deutschen Block in der Mitte Europas“ auf. Weil für den Hauptstrom der politischen Meinungen die Anerkennung jüdischen Lebens nicht zur Debatte steht – diese Konsequenz aus Nazi-Herrschaft und Holocaust gibt es immerhin – muss die Nazi-Politik randständig bleiben.

Nichtachtung des Rechts auf staatliche Existenz vermergt links und rechts. Über eine Kritik an Israels Politik, die an die Aufhebung dieses einmal eingerichteten und anerkannten Staates denkt, gelingt eine umfassende politisch-ideologische Delegitimierung jüdischen Lebens. Durch die Überbrückung der Rechts/Links-Differenz gelingt der Anschluss an den Hauptstrom der öffentlichen Meinung. Entscheidend dafür ist, diese Behauptung möchte ich hier aufstellen, die Fixierung der Idee, dass Juden und Judentum irgendwo zu verschwinden hätten.

Es ist unumstritten, dass die Linke innenpolitisch für einen vernünftigen Pluralismus der Weltanschauungen, Religionen und Lebensstile eintreten und jede Art von Gleichschaltung und Ausgrenzung bekämpfen muss.

In den internationalen Konflikten der Zeit, so scheint es, werden die Kräfte, die für Emanzipation, Demokratie und soziale Befreiung eintreten, nichts gewinnen, wenn sie gestützt und womöglich geleitet durch auswärtige Kräfte auf Umsturz und Grenzverschiebungen hinarbeiten.

Eine solche Politik würde den Rückhalt bei den fortschrittlichen Strömungen der öffentlichen Meinung der Welt verlieren, für die Einhaltung zivilisierter Regeln im Umgang zwischen Staaten und die Beachtung von Menschenrechten und sozialen Belangen im Verhältnis zwischen Staat und Einwohnern unverzichtbar sind. Eine Palästina-Solidarität, die sich nicht aus der Tradition der aufhebenden Kritik löst, die sich um die Legitimation von Kampfhandlungen kaum kümmert sondern alles mögliche als Beitrag zur „Befreiung“ wertet, trägt zum Misserfolg, zur Zementierung des Konflikts bei.

Nicht dulden, dass Deutungsmuster der Vergangenheit die Zukunft bestimmen. Deutungsmuster, die in der Zeit des Vietnamkriegs entstanden, müssen aufgegeben werden. Israel wäre als „Statthalter der USA“ falsch bestimmt, ebenso die politischen Organisationen der Palästinenser als „Teil einer weltweiten Front im Kampf der Dritten Welt gegen den Imperialismus“. Eine neue Perspektive muss entwickelt werden, und wo dies nicht geschieht, können Deutungsmuster, die aus vergangenen historischen Konstellationen stammen, sich umgekehrt zu einer Macht erheben, die Verhältnisse herstellt, die zu ihnen passen.

■

Warum die Linke das Prinzip der territorialen Integrität verteidigen sollte

Von Johannes Kakoures

Die Geschichte des Völkerrechts

Man kann nicht behaupten, dass das Rechtsgut der territorialen Integrität ein für das Völkerrecht und den Verkehr zwischen den Staaten seit jeher prägendes oder überhaupt nur vorhandenes Prinzip gewesen ist. Die Römer, deren Zivilrecht im Grunde genommen bis heute in Kraft ist, haben – aus nur zu gut nachvollziehbaren Gründen – so etwas wie Völkerrecht allenfalls in Grundzügen herausgebildet. Ihr Staat lebte von seinem imperialen Machtanspruch. Soweit man eine theoretische Begründung überhaupt für notwendig erachtete, war man so sehr von der Überlegenheit der eigenen Kultur überzeugt, dass man sich darauf beschränken konnte, die Vorzüge römischen Lebens für die Unterworfenen herauszustreichen (Was haben die Römer außer sanitären Einrichtungen, der Medizin, dem Schulwesen, Wein, der öffentlichen Ordnung, Bewässerung, Straßen und den allgemeinen Krankenkassen je für uns getan?).

Unter dem Feudalismus wurde nichts besser. Der römische Staat als Territorialstaat zerfiel in personale Herrschaftsstrukturen. Soweit man für diesen Zeitraum überhaupt den Begriff des Staates verwenden kann, war dieser ausschließlich an die Person des jeweiligen Herrschers gebunden. Sinnbild hierfür ist das Reisekönigtum. Da der König mit seinem gesamten Verwaltungsapparat nun nicht überall sein konnte, zerfielen die Gebilde in ein schwer zu durchschauendes Geflecht von Rechtskreisen und einzelnen Gebieten, die in unterschiedlichen Abhängigkeitsverhältnissen zueinander und zu den Resten von Zentralgewalt standen. Herrschaft wurde dynastische Herrschaft. Für Juristen ist die Lektüre rechtshistorischer Werke nicht selten mit Enttäuschungen verbunden, da in den Darstellungen mittelalterlichen Rechts das materielle Recht, d.h. welche Normen mit welchem Inhalt denn nun galten, eine untergeordnete Rolle spielt. Rechtsgeschichte stellt sich dar als Kompetenzkampf und Herrschaftsabgrenzung, als der Frage wie Recht zustande kommt. In dieser Situation kam den konkreten Territorien eine untergeordnete Rolle zu. Machtverschiebungen in und zwischen den dynastischen Herrschaftsgebilden kamen zustande durch Kompetenzerweiterungen gegenüber der Zentralgewalt, durch das Erbrecht und durch Heiratspolitik. Die einzelnen Territorien wurden zur Manövriermasse des Feudaladels. Eine Rechtfertigung gegenüber der Bevölkerung erfolgte, wenn sie überhaupt für notwendig erachtet wurde, über die Wiederherstellung der Legitimität des Herrschers. Nicht selten waren Territorien von Enklaven anderer Rechtskreise durchsetzt. Ein Völkerrecht konnte sich in dieser Situation nicht entwickeln.

Eine bedeutsame Änderung kam erst mit dem Fortschritt des Seehandels auf. Es ist kein Zufall, dass der Begründer des modernen Völkerrechts, Hugo Grotius, aus dem auch damals schon kleinen Holland kam. Ebenfalls ist es kein Zufall, dass sein Werk zeitlich in engem Zusammenhang mit dem 30-jäh-

rigen Krieg und dem folgenden Westfälischen Frieden steht. Hier wird zum ersten Mal die Souveränität des Landesfürsten, die Souveränität über sein Territorium zum Rechtsbegriff. Und der dritte fehlende Zufall ist, dass der Titel seines Werkes „de iure belli ac pacis“, die Begriffe Krieg und Frieden gleichberechtigt nebeneinander stellt. Der Krieg wird eben nicht als fundamentale Verletzung der Ordnung, wie wir es heute sehen, begriffen. Er ist selbstverständlicher Normalzustand. Das Völkerrecht bleibt dem Personalitätsprinzip verbunden. Das Recht zur Kriegführung folgt aus der Souveränität des Herrschers. Es wächst zwar eine Literatur, die zwischen gerechten und ungerechten Kriegen unterscheidet. Diese stürzt sich jedoch ausschließlich auf die Begründung des Krieges. Die Folgen, das Leid für die Zivilbevölkerung, bleiben der Betrachtung der Literaten überlassen. Generell spielt der Einzelne im Völkerrecht keine Rolle. Es regelt den Verkehr zwischen Souveränen und das ist damals eben nicht das Volk, schon gar nicht das Individuum.

Das durch Grotius geschaffene Völkerrechtssystem bleibt im Folgenden nahezu unverändert. Das Prinzip, den Krieg zur Sicherung der Souveränität des Herrscherhauses zu führen, bleibt bis in den ersten Weltkrieg hinein wirkungsmächtig. Ohne die Kriegsschuldfrage hier diskutieren zu können, ist sich die Wissenschaft doch einig, dass das System der Geheimdiplomatie, der vom Fürsten bestellten Diplomaten, wesentlich zu einer Situation geführt hat, in der aus der angelaufenen Kriegsmaschinerie niemand so recht raus kam. Bereits zuvor hat der Kolonialismus ein anschauliches Beispiel geliefert, wie wenig Grenzen für das damalige Völkerrecht bedeuteten. Nach Belieben schoben die europäischen Mächte Gebiete in Afrika und Südamerika hin und her, wurden diese zum Objekt von Tauschhändeln oder Kauf. Ganze Kontinente wurden nun zur Manövriermasse der Mächtigen.

Die Entwicklung der Grenzen als Grenzen

Der Erste Weltkrieg, so sehr er auch noch durch die alten Strukturen bedingt und begonnen worden war, brachte ein abruptes Ende sowohl der letzten Reste des Feudalsystems und der Monarchien in Europa, als auch des bis dahin gemeinhin akzeptierten Völkerrechts. Konnte der Krieg davor noch aufgrund seiner zumindest scheinbar begrenzten Auswirkungen, noch als zwar unangenehmer, aber von Zeit zu Zeit eben notwendiger Normalzustand betrachtet werden, wurde dies unter dem Eindruck der Millionen an Opfer mit einem Schlag weggewischt. Jetzt beginnt der Frieden zum Ziel völkerrechtlicher Diskussion zu werden. Wir alle kennen das Ergebnis. Das faschistische Deutschland ließ neuen Entwicklungen, wie etwa dem Völkerbund, wenig Zeit zur Entfaltung. Neue Normen konnten sich nicht einspielen. Vielmehr schuf Hitler wieder eine komplett neue Situation. Mit dem Zweiten Weltkrieg und vor allem dem mit ihm einhergehenden Vernichtungskrieg, in dem nun nicht mehr nur die Beherrschung der unterworfenen Völker, sondern auch ihre physische Vernichtung als mögliches Ziel von Politik

erkennbar wurde, vor allem aber mit der Erkenntnis, zu was moderne Waffen im Verbund mit dem modernen Staat fähig sind, es sei hier an die Beendigung des Krieges im Pazifik durch die Atombombe erinnert, wurde nun endgültig die Sicherung des Weltfriedens zum vordringlichsten Ziel des Völkerrechtes, dem sich alle anderen Ziele unterzuordnen hatten. Man muss sich die Radikalität dieses Schrittes vor Augen halten, um die Bedeutung der territorialen Integrität zu erfassen.

Die Antwort auf die Katastrophe war das System der Vereinten Nationen. Als Antwort auf Hitlers Angriffskriege folgte das Verbot der Angriffskriege. U. a. als Antwort auf Hitlers Politik gegen die tschechoslowakische Republik wurde dieses ergänzt durch das Prinzip der Nichteinmischung. Somit war nun die eigene Staatsgrenze, eine, zumindest der Rechtsidee nach, von der Weltgemeinschaft überwachte Grenze. Eine Barriere für aggressive Ambitionen der Staaten, deren Bemäntelung durch humanitäre Ziele das Prinzip der Nichteinmischung erschwert.

Man sollte das, was hierdurch erreicht wurde nicht klein reden. Es gelang – entgegen einiger überoptimistischer Stimmen – zwar nicht den Krieg aus der Weltpolitik zu bannen. Aber es gelang, den Rechtfertigungsdruck zu erhöhen und Konflikte regional zu begrenzen.

Probleme und Angriffe auf das Prinzip der territorialen Integrität

Von Anfang an stand die so entstandene Orientierung am Status Quo auf wackligen Füßen. Dies nicht so sehr, weil einzelne Potentaten sich mit ihren Landesgrenzen nicht abfinden wollten, als vielmehr, weil der Kolonialismus Altlasten hinterlassen hatte, die sich durch ein Festhalten am Status Quo nicht lösen ließen. Die Integrität geriet in Widerspruch zum ebenfalls durch das moderne Völkerrecht vertretene Prinzip des Selbstbestimmungsrechts. Hier liegt aber nun ein ganz entscheidender Punkt für das Problem, mit dem wir hier uns heute beschäftigen. Die Anerkennung antikolonialer Befreiungsbewegungen führte gerade nicht zur Anerkennung eines unbeschränkten Sezessionsrechtes. Ja es ist schon ein Missverständnis zu glauben, das Selbstbestimmungsrecht führe generell zu einem Recht auf Widerstand. Die Anerkennung von Befreiungsbewegungen hieß zunächst nichts anderes, als dass diese in den Genuss des Völkerkriegsrechts kommen und als Völkerrechtssubjekt Anerkennung finden können, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Ein weiteres Problem war Erbe des bürgerlichen Nationalismus und der mit ihm verbundenen Idee der nationalen Reinheit eines Staates. Noch bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg waren Bevölkerungsverschiebungen nicht so negativ konnotiert, wie wir sie heute mit den Begriffen der Vertreibung und ethnischen Säuberung verbinden. In den zwanziger Jahren wurden Zehntausende Griechen aus dem türkischen Kleinasien vertrieben. Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechischen Republik und den anderen Gebieten im vormals besetzten Osten wurde von den Siegermächten ebenso gebilligt wie die Westverschiebung Polens und der Sowjetunion, die ja nicht nur die Gebietsgrenzen betraf sondern auch die jeweilige Bevölkerung. Erst im Zuge dieser Geschehnisse, als sich mit der Aufarbeitung der Katastrophe auch der Blick auf die Notwendigkeit richtete, Menschen- und Grundrechte des Einzelnen nicht nur innerstaatlich

durchzusetzen, sondern diese allmählich auch Thema des völkerrechtlichen Diskurses wurden, begann eine Ächtung einzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt hofften aber noch Menschen auf Rückkehr – wie man an den deutschen Vertriebenen sieht, nicht auf individuelle Rückkehr an den Ort der Kindheit, sondern auf Rückkehr mitsamt der „eigenen“ Staatsgewalt. Ähnliche Strömungen fanden sich auch bei den griechischen Vertriebenen, die sicher mehr Berechtigung gehabt hätten. Das Völkerrecht entschied in allen Fällen gegen Ansprüche auf Rückübertragung o. dergl. Dies musste bei allem individuellen Unrecht so sein, da die Anerkennung von historischen Gebietsansprüchen zu einer endlosen Kette führen würde. Ist Bayern nicht ursprünglich keltisch besiedelt gewesen und sind die einzigen, echten Nachfahren der Kelten nicht die Fans von Glasgow Celtic? Muss die Allianzarena in Celtic Park umbenannt werden? Dies wäre zweifellos besser, aber wohl kaum auf friedlichem Wege durchzusetzen.

Der folgenreichste Anschlag auf das System der Nachkriegsordnung erfolgte ausgerechnet durch Deutschland. Nach den Erfahrungen der zerfallenden Sowjetunion zerschlug die deutsche Außenpolitik Jugoslawien. Konnte man in der SU wenigstens noch auf gewachsene Verwaltungseinheiten der alten Sowjetrepubliken zurückgreifen, musste das deutsche Experiment in Jugoslawien in eine Katastrophe führen. Wir alle kennen die Folgen: ein grausamer Bürgerkrieg mit Tausenden an Opfern auf der einen, ein militärisch wiedererwachtes Deutschland auf der anderen Seite und vor allem, und das ist wahrscheinlich der zentrale Punkt: eine zertrümmerte Völkerrechtsordnung, in der die Kriterien wann was erlaubt ist, vollkommen ins Schwimmen geraten sind.

Hier ist der Blick auf zwei Charakteristika des Völkerrechts zu lenken: Zum einen ist das Völkerrecht, anders als wir Zentraleuropäer Recht verstehen, viel stärker Gewohnheitsrechts. Die erste Quelle für Völkerrecht ist die Staatenpraxis. Und hier wird deutlich, warum die jugoslawische Geschichte so gefährlich ist: Staaten können anders als gewöhnliche Verbrecher mit ihrem Tun Recht unmittelbar verändern. Die UN-Charta kann auch als Versuch gelesen werden, dieses Problem durch Kodifizierung einzugrenzen und größere Verbindlichkeit zu schaffen. Zum anderen, und das hängt damit eng zusammen, kennt das Völkerrecht nur bedingt Wege der verbindlichen Durchsetzung. Die Durchsetzung von Völkerrecht geschieht durch Staatenpraxis. Sie schafft damit materielles Recht. Der Anschlag auf die UN-Charta und das zu Grunde liegende System ist ein unmittelbarer Angriff auf die Verrechtlichung der Beziehungen zwischen den Staaten und eröffnet den Weg zu Willkür und Aggression.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Ausführungen sollen zwei Thesen belegen: Zum einen: Die territoriale Integrität von Staaten ist eine historische Errungenschaft, die bei allen damit verbundenen Problemen im realen Machtgefüge der Welt die einzig fassbare Kategorie für eine Eingrenzung staatlicher Aggression darstellt. Zum anderen: Jeder leichtfertige In-Frage-Stellung der Existenz und der Integrität von Staaten gefährdet die eh schon am seidenen Faden hängende Entwicklung des Völkerrechts zu einem Friedensrecht.

Der Staat Israel ist in einer völkerrechtlichen Umbruchssituation entstanden. An seiner Existenz ▶

► kann ebenso wenig wie an seinem Recht zur Verteidigung gerüttelt werden. Jeder Widerstand, der die Existenz Israels in Frage stellt, muss sich die Frage nach seiner Legitimität gefallen lassen. Der völkerrechtliche Weg zu einer Befriedung des Konflikts liegt in der Schaffung fester Grenzen. Sie endgültig festzulegen ist das, was man von Israel verlangen kann.

Ich habe vorhin angedeutet, dass der Einzelne, soweit er nicht zufällig Fürst oder König war, im klassischen Völkerrecht keine Rolle gespielt hat. Auch das moderne Völkerrecht richtet sich primär an Staaten. Die Frage wie Menschen-, und Grundrechte

weltweit durchgesetzt werden können, ohne dabei Rechtfertigung für neue Kriege zu liefern, ist eine eigenständige Frage, die in meinem eh schon zu langen Vortrag nicht ausgeführt werden kann. Dennoch glaube ich, dass hier ein wichtiges Thema für die Linke zu finden wäre. Man muss sich nur verdeutlichen, dass Fortschritte hier untrennbar damit verbunden sind, dass sich überhaupt eine weltweite Rechts- und Friedensordnung entwickelt.

Verwendete Literatur: Kimminich, Otto/ Hobe, Stephan: Einführung in das Völkerrecht, 7.Auflage, Tübingen und Basel 2000. Mitteis, Heinrich/ Lieberich, Heinz: Deutsche Rechtsgeschichte, 18.Auflage, München 1988

Zum Thema Bundestagsbeschluss vom 4.11.2008 und den Differenzen in unserer Fraktion

Von Juliane Gilles

Der Vorgang:

Die Fraktionen im Deutschen Bundestag beabsichtigten letztes Jahr, zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht eine gemeinsame Erklärung gegen den Antisemitismus zu verabschieden. Hierzu gab es im Vorfeld seit einiger Zeit Arbeitstreffen, die den Text der Entschließungsvorlage erarbeiten sollten. Im Oktober 2008 begannen - den Presseberichten und Erklärungen einzelner Beteiligten zufolge recht überraschend - Versuche der Union, den Antragstext so zu verändern, dass er für die Linksfraktion im wahrsten Sinne des Wortes unannehmbar wurde, konkret mit Hilfe einer besonders provokanten Variante der Parallelisierung von Nazipolitik und der Position der DDR zu Israel. Außerhalb der Union war man sich wohl relativ einig, dass die Formulierungsvorschläge historisch falsch und dem Anlass unangemessen waren. Es wurde deutlich, dass die CDU/CSU-Fraktion diese Formulierungen taktisch einbrachte, um die Linke aus dem Konsens zu drängen.

Dieser Versuch wurde in der Folge unterbunden, d.h. es fanden keine Passagen zur DDR Eingang; allerdings weigerte sich die Union bis zuletzt, einen Antrag gemeinsam mit der Linken einzubringen. Tatsächlich wurde dann von CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Antrag eingebracht und der wortgleiche Antrag noch einmal von der LINKEN. „In einer gemeinsamen Abstimmung mit überwältigender Mehrheit“, so der Nachrichtendienst des Bundestags, wurde der Antrag dann angenommen.

Bei dieser Abstimmung blieben jedoch elf der Abgeordneten der Linksfraktion fern. Sie gaben stattdessen eine Erklärung ab, weshalb sie sich nicht beteiligen würden:

„Schriftliche Erklärung zur Abstimmung nach § 31 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages:

Wir haben uns an der Abstimmung über den Antrag ‚Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern‘, nicht beteiligt, obwohl der Antrag ein richtiges und notwendiges Anliegen formuliert.

DIE LINKE und wir persönlich haben uns stets in Wort und Tat gegen Antisemitismus, gleichgültig in welcher Spielart er vorgetragen wird, entschieden engagiert. Jedoch ist der Antrag ein überaus schlechter Kompromiss, der diesem wichtigen Anliegen bei weitem nicht gerecht wird, und die Umstände seines Zustandekommens sind skandalös. Wir stellen mit Bedauern fest, dass die Unionsfraktion versucht, das Gedenken an die Reichspogromnacht und an die faschistischen Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung Europas für eigene, parteitaktische Zwecke zu instrumentalisieren. Das degradiert diesen Antrag zur Wahlkampfveranstaltung. Der Antrag versucht, diejenigen als antisemitisch und antiamerikanisch zu diskreditieren, die Kritik an der Kriegspolitik von Nato, USA und Israel äußern. Unter dem Deckmantel der Antisemitismus-Bekämpfung will er damit wesentliche außen- und innenpolitische Ziele der Bundesregierung legitimieren. Die deklaratorische Feststellung, die Solidarität mit Israel entspreche der deutschen Staatsräson, soll nicht nur das Existenzrecht Israels bestätigen, sondern sie dient vielmehr dazu, jegliche Kritik an der israelischen Politik für illegitim zu erklären. Der Antrag suggeriert: Wer für sich das Recht in Anspruch nimmt, den sogenannten Krieg gegen Terror abzulehnen oder die israelische Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung zu kritisieren, stelle sich außerhalb der demokratischen Gemeinschaft. Diese undemokratische, anmaßende Tendenz macht den Antrag für uns untragbar. Darüber hinaus drückt der Antrag zu viel Selbstzufriedenheit mit den tatsächlichen Zuständen in Deutschland und dem Eintreten der Bundesregierung gegen Antisemitismus aus und bleibt uns zu unkonkret, wenn es um die praktischen Schritte geht, die zur Bekämpfung von Antisemitismus gegangen werden müssen.“

Die Begründung übt, soweit das erkennbar ist, im Wesentlichen Kritik an einer Passage des Bundestagsbeschlusses, die folgendermaßen lautet:

„Grund zur Sorge gibt, dass Antisemitismus in allen Schichten der Bevölkerung zu finden ist. Oft geht er mit Antiamerikanismus und Antizionismus einher. Die Solidarität mit Israel ist ein

unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson. Wer an Demonstrationen teilnimmt, bei denen Israelfahnen verbrannt und antisemitische Parolen gerufen werden, ist kein Partner im Kampf gegen den Antisemitismus. Die Solidarisierung mit terroristischen und antisemitischen Gruppen wie der Hamas und der Hisbollah sprengt den Rahmen zulässiger Kritik an der israelischen Politik. Neue Formen des Antisemitismus treten zunehmend in der islamistischen Gedankenwelt auf. Dieser arabische und islamische Antisemitismus ist eine globale Gefahr. Erwähnt seien nur die Reden des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, der in diesen immer wieder die ‚Tilgung Israels von der Landkarte‘ fordert.“

Zur Analyse:

Eine Untersuchung des Beschlusstextes auf die in der Erklärung geäußerte Kritik zeigt, dass die Differenz in unserer Fraktion sich anhand recht deutlich zu benennender Sachverhalte entzündet hat, die, dies zur Information, ein gutes Zehntel des Beschlusstextes ausmachen. Denn der Anlass der Auseinandersetzung war im vorliegenden Fall zwar das Gedenken an die Verbrechen der Reichspogromnacht in Form einer Erklärung zur Bekämpfung des Antisemitismus. Dennoch entzündet sich innerhalb unserer Fraktion der Streit an der Frage der Kritik an Israel, und daher finden sich auch nahezu keine Bezugspunkte in der Erklärung der elf Abgeordneten auf die sonstigen Passagen des Antrags. Als erstes Zwischenergebnis kann man daher festhalten, dass, falls die oben zitierte Beschlusspassage vor allem von der Union mit der Absicht geprägt wurde, die LINKE dadurch aus dem Konsens zu drängen, dies zu Teilen gelungen ist.

Ich zitiere nochmal die Erklärung der elf Abgeordneten. Es heißt, der Beschluss „suggeriere“:

„Wer für sich das Recht in Anspruch nimmt, den sogenannten Krieg gegen Terror abzulehnen oder die israelische Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung zu kritisieren, stelle sich außerhalb der demokratischen Gemeinschaft.“

Was auch immer gesagt werde,

„unter dem Deckmantel der Antisemitismus-Bekämpfung“

wolle er

„damit wesentliche außen- und innenpolitische Ziele der Bundesregierung legitimieren.“

Nicht das Existenzrecht sei das wahre Anliegen der Solidarität mit Israel, sondern es werde die Absicht verfolgt,

„jegliche Kritik an der israelischen Politik für illegitim zu erklären“.

Eine solche Lesart muss es sich gefallen lassen, einen angemessenen Nachweis zu erbringen. Anders gesagt, muss die geäußerte Kritik mit dem Beschlusstext in Verbindung zu bringen sein, und zwar auf für Außenstehende verständliche Art und Weise. Um das zweite Zwischenergebnis der Untersuchung vorwegzunehmen: Das scheint mir nicht gelungen zu sein. Textbeispiele sollen das verdeutlichen.

Der Beschluss sagt:

„Grund zur Sorge gibt, dass Antisemitismus in allen Schichten der Bevölkerung zu finden ist. Oft geht er mit Antiamerikanismus und Antizionismus einher.“

Strittig kann hier nur sein, dass Gemeinsamkeiten von Antisemitismus, Antiamerikanismus und Anti-

zionismus angedeutet werden. Ich halte solche teils starke ideologische und faktische Gemeinsamkeiten für gut belegbar, sehe also keinen Grund, diese Passage zu skandalisieren. Im Gegenteil: An der sogenannten Querfront-Taktik der Nazis hier in der BRD sieht man, wie wichtig es ist, sich dieser Parallelen bewusst zu sein. Dieser Satz ist allerdings der einzige im Antrag, der als Aufhänger für den Kommentar der Kritiker dienen kann, es werde

„versucht, diejenigen als antisemitisch und anti-amerikanisch zu diskreditieren, die Kritik an der Kriegspolitik von Nato, USA und Israel äußern“, denn nur hier ist von Antiamerikanismus überhaupt die Rede (die USA und die Nato kommen gar nicht vor). Fazit: Dieser Sprung ist mir zu groß, den muss man schon machen wollen.

Ein weiterer, offenbar besonders negativ aufgenommener Satz lautet:

„Die Solidarität mit Israel ist ein unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson.“

Ich sehe auch hier keinen Grund zur Provokation. Es ist die Rede vom deutschen Staat, wie wir ihn kennen und kritisieren, der – wohl unbestritten in der Linken – auch ein Machtinstrument in Händen derer ist, die uns wieder in Kriege verwickeln. Beim besten Willen kann ich mir nicht wünschen, dass er von einer seiner wenigen noch anerkannten historischen Verpflichtungen befreit wird, nämlich der, Israel nicht schaden und nicht gegen seine Existenz paktieren zu dürfen. Neutralität stand hier nie wirklich zur Debatte.

Unabhängig davon argumentieren die Gegner der Passage auch hier mit dem, was eigentlich gemeint sein soll, nämlich die Legitimation

„wesentliche[r] außen- und innenpolitische[r] Ziele der Bundesregierung“.

Ich muss wieder sagen, ich lese konkret nicht, wie außen- und innenpolitische Ziele der Bundesregierung hierdurch zwangsläufig angesprochen würden, ohne jedoch: man muss sich schon auf die Spur derer begeben, die meinen, dass a) Israel als „Stalthalter“ oder „Brückenkopf“ usw. der USA im Nahen Osten fungiert, b) die BRD im Wesentlichen die außenpolitische Linie der USA nachvollzieht, und c) die Benennung dieses Umstands zu innenpolitischer Repression führt. Zusammenfassend also: Auch dieser, man muss wohl sagen, Dreisprung stellt hohe Ansprüche an Kontextwissen und ist eine sehr spezifische Deutung schon innerhalb der Linken. Für Außenstehende halte ich die Argumentation für unverständlich.

Die Probleme, die beim Verständnis der Erklärung auftreten, wenn man nicht weit in die innerlinke Debatte hineinkriecht, um sie zu verstehen, lassen sich durchaus weiter darstellen. Um das aber nicht zu weit auszudehnen, sei von meiner Seite bemerkt, dass es eine Passage im Bundestagsbeschluss gibt, die ich persönlich für wert befunden hätte, deutlich angegriffen zu werden:

„Neue Formen des Antisemitismus treten zunehmend in der islamistischen Gedankenwelt auf. Dieser arabische und islamische Antisemitismus ist eine globale Gefahr.“

Die Zuweisung „arabisch und islamisch“ ist rein diskriminatorisch, ohne zu einem Mehr an Klarheit zu führen.

Im Gegenteil: Es wird der falsche Eindruck erweckt, es gebe besonders, nämlich „global“, gefährliche Spielarten des Antisemitismus, die dann noch bestimmten Kulturkreisen zugewiesen werden. Sol-

► che Deutungen stehen bestenfalls wichtigen Verständigungen im Wege und sind schlechtestenfalls einfach gefährlich und im Bezug auf Nazismus verarmlosend. Dieses Problem wird aber in der Erklärung der elf Abgeordneten nicht kommentiert.

Zusammenfassung:

Für eine so scharfe Kritik wie die der elf Abgeordneten finden sich meines Erachtens keine nachvollziehbaren Belege im Text. Zu ihr kann nur kommen, wer die oben genannten Transferschlüsse zieht, einem Gesamtzweck zuordnet und das Ganze auch so wahrnehmen will. Natürlich gibt es solche Leute zuhauf, in der Union zumal. Aber es gibt auch Leute, die finden, dass der Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ mit sozialistischen Zielen unvereinbar sei. Deswegen steht Letzteres noch lange nicht im Grundgesetz, auch nicht implizit, und es wäre politisch nicht gerade smart von uns, solch eine Behauptung weiterzutragen. Es kommt der LINKEN daher nicht entgegen, ausgerechnet das zum Kernpunkt des Beschlusses zu machen, was er vielleicht „suggeriert“ und unter dem „Deckmantel“ tut. Letztlich ist also natürlich klar, dass hier mehrere große Kontextdebatten im Hintergrund stehen: Missbrauch des Anlasses durch die

Union, somit nicht der Beschluss selbst, sondern „die Umstände seines Zustandekommens“ und also Revisionismus und Geschichtspolitik; Streit in der Linken über Nahostpolitik und Israel/Palästina, über Antiamerikanismus, über die Rolle des Imperialismus und seine gegenwärtigen Träger. Und um nicht missverstanden zu werden: Man kann an diesem Aufhänger die Kontextdebatten führen. Wenn man das aber tut, muss man schon erklären, warum dieser Kontext wichtiger sein soll als der erkennbare Inhalt.

Ich finde die Kritik unserer elf ferngebliebenen Abgeordneten anhand des vorliegenden Bundestagsbeschlusses für Außenstehende nicht nachvollziehbar. Das sollte sie aber sein, da sie sich logischerweise an die gleichen Adressaten wenden muss wie an die des kritisierten Beschlusses. Insbesondere der ursprüngliche revisionistische Angriff der Rechten, die ja tatsächlich, um es milde zu sagen, unter schweren Abgrenzungsschwierigkeiten gegenüber dem Antisemitismus leidet, ist dem Beschluss vom 4.11.08 nicht mehr anzumerken. Das ist ein politischer Erfolg. Er scheint für die elf AntragskritikerInnen nicht erkennbar gewesen zu sein. Ich habe den Verdacht, dass sie damit in die Falle der Union getappt sind. ■

Palästina-Solidarität heute

Von Nicole Gohlke

Im Bereich der internationalen Politik, auch in der Debatte um den Konflikt Israel-Palästina, sind wir als LINKE gefordert, einen internationalen / internationalistischen Blickwinkel auf bestehende Konflikte einzunehmen.

So richtig und notwendig es ist, sich mit der eigenen, deutschen und bundesdeutschen Geschichte auseinanderzusetzen – mit der Geschichte des Holocausts und dem Scheitern der Arbeiterbewegung in der Verhinderung dieser Katastrophe, mit der Geschichte der 1968er und ihren Fehlern, mit der Geschichte der DDR und der positiven Bezugnahme linker Kräfte auf stalinistische oder andere autoritäre Regimes – bei der Beurteilung internationaler Konflikte kann und darf die „deutsche“ Perspektive, die „deutsche Selbstkritik“ nicht einziger oder wichtigster Bezugsrahmen sein, der andere Perspektiven überlagert oder gar verhindert.

Ich möchte in diesem Beitrag für einen neuen Internationalismus werben. Für einen Internationalismus, der deswegen neu sein kann, weil er nach 1989 nicht mehr befangen ist in der Bezugnahme auf den Ostblock, und damit den Weg frei macht für eine Solidarität mit Palästina, für eine Bewegung gegen Rassismus und staatliche Diskriminierung in Palästina jenseits der politischen Instrumentalisierung dieser Thematik, wie dies zu Zeiten der Blockkonfrontation oftmals gängig war.

Ich möchte behaupten, dass unter anderem die globalisierungskritische oder – je nach Blickwinkel – antikapitalistische Bewegung, wie sie im Zuge der Demonstration 1999 in Seattle gegen die Welthandelsorganisation entstand, in der Praxis einen neuen Internationalismus in sich trägt. Die Sozialforums-Bewegung beispielsweise lässt eine neue internationalistische Perspektive greifbar

werden: die Solidarisierung von indischen und pakistanischen Kleinbauern mit Teilen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, von indigenen Landlosen mit der europäischen oder arabischen Antikriegsbewegung usw. ist ein Internationalismus, der auf diese Art wohl auch nur nach dem Scheitern der realsozialistischen Staaten entstehen konnte, und der nichts gemein hat mit einem Internationalismus der Kommunistischen Internationalen in einer stalinistischen oder poststalinistischen Ära, in der Internationalismus definiert war als die Ausweitung des Machtbereichs des Ostblocks.

So richtig es ist, auf dem Weg zu tragfähigen Analysen und entemotionalisierten Diskussionen in der LINKEN wegzukommen von einem allzu moralisch überladenen Debattenstil, fehlt mir doch an mancher Stelle in den Diskussionen über die Nahost-Thematik die Empathie: die Empathie, die wir als LINKE für die Betroffenen von Unrecht und Unterdrückung aufbringen müssen.

Deswegen möchte ich hier doch noch mal kurz einige Fakten und Realitäten der in Israel und in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser wiedergeben.

Ich möchte nicht die gesamte Geschichte von Vertreibung, Besatzung und Krieg darstellen, wie sie sich seit den 1940er Jahren vollzogen hat – denn es ist wahr: in den letzten Jahrzehnten wurden Fakten geschaffen, die zwar nicht dadurch, dass sie schon so lange bestehen an Legitimität gewinnen, jedoch irgendwann zu Unumstößlichkeiten werden, beziehungsweise nicht mehr, ohne wiederum neues Unrecht zu schaffen, zu verändern sind. Deswegen möchte ich mich auf die Fakten beschränken, wie sie die palästinensische Bevölkerung aktuell vorfindet.

Nach wie vor verfolgt der israelische Staat in großen Teilen das Ziel der Expansion und das der demogra-

fischen Veränderung in der Region.

Palästinensisches Land wird nach wie vor konfisziert oder annektiert. In Regionen mit höherem arabischem Bevölkerungsanteil (z.B. Galiläa oder Negev) verfolgt der Staat offiziell Judaisierungspläne, die über Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt werden. Durch solche Pläne sind beispielsweise auch rund 100.000 Beduinen von Zwangsumsiedlungen bedroht, womit die Beschlagnahmung ihrer Weide- und Anbauflächen einhergeht. Die Segregation innerhalb Israels wird mittels Besetzung oder Zerstörung von palästinensischen Häusern vorangetrieben. In einem zunehmend rassistischen Diskurs in den israelischen Medien und seitens der Politik werden arabische Einwohner offen als demografische Bedrohung bezeichnet, über deren Abschiebung spekuliert wird.

Die Siedlungen in den besetzten Gebieten wurden seit 2001 massiv ausgebaut und werden staatlicherseits durch Militär und Verwaltung geschützt bzw. gefördert. In der Westbank ist inzwischen über die Hälfte der Fläche beschlagnahmt und de facto für Siedlungen und die dazugehörige Infrastruktur annektiert. Die Vergabe staatlicher Mittel im Bereich von Wohnen, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur, verhindern die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung arabischer Ortschaften und Städte. Ein Beispiel ist die Wassernutzung: Seit 1982 werden palästinensische Orte mit dem israelischen Wasserleitungsnetz verbunden. Das Trinkwasser wird zugeteilt, aber nach unterschiedlichen Sätzen abgerechnet: Von israelischen Siedlern verlangt das israelische Wasserunternehmen Merkroth 0,50 Shekel/Kubikmeter.

Palästinenser hingegen zahlen mehr als das Dreifache. Die israelische Militärregierung erlaubt den Palästinensern nur eine Brunntiefe von 60-150 Metern. Deshalb kommt es zum zeitweiligen oder völligen Versiegen vieler Brunnen. Die Brunnen der Israelis dürfen 100-600 Meter tief sein. Hier ist die Wasserförderung zu jeder Zeit möglich.

Die vollständige Blockade der 1,5 Millionen Palästinenser im Gazastreifen seit über zwei Jahren hat dazu geführt, dass 80 % der Bevölkerung von Nahrungsmittelhilfe der UNO und des Welternährungsprogramms abhängig wurden. Weil Israel nur 41 % der benötigten Nahrungsmittel die Grenzen passieren lässt, leiden viele an Hunger und Mangelernährung. Die Folgen des Krieges in Gaza möchte ich hier nicht aufzählen: der kürzlich erschienene Bericht der „Physicians For Human Rights“ attestiert neben den 1380 Todesopfern schwere Menschenrechtsverletzungen und zahlreiche Verstöße gegen das Völker- und Kriegsrecht.

Diese Realitäten von Besatzung, rassistischer Diskriminierung und unverminderter Expansion durch Siedlungsbau werden in vielfachen Dokumenten benannt und verurteilt. Zuletzt im Bericht des UN-Sonderberichterstatters für Palästina, des südafrikanischen Professors John Dugard, der für den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen einen Bericht verfasste. Oder beispielsweise in der Resolution des Forums von über 3000 NGO's, das sich im Zuge der weltweiten Anti-Rassismus-Konferenz 2001 in Durban/Südafrika zusammenfand. Diese für die Palästinenser seit Jahrzehnten dramatische Realität wäre nicht in diesen Ausmaßen denkbar ohne die Unterstützung Israels durch die USA und die EU. Sowohl die israelische Wirtschaft wie das israelische Militär sind in den Möglich-

keiten ihres Handelns in hohem Maße abhängig von diesen Verbündeten.

Dabei wäre es völlig naiv zu denken, die USA oder die EU würden hier uneigennützig und im Sinne der in Israel lebenden Menschen handeln. So wenig die stalinistischen Staaten frei waren von ihren eigenen macht- und geopolitischen Interessen in der Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen, so wenig waren und sind es heute die USA oder die europäischen Staaten.

Nach wie vor gibt es das geostrategische Interesse der westlichen Länder an Kontrolle und Einfluss in der erdölreichen Region des Nahen Ostens. Doch auch gerade nach dem 11. September 2001 und im Zuge des sogenannten Krieges gegen den Terror erfüllt die Bezugnahme auf Israel als Staat zunehmend eine ideologische Rolle. Immer öfter finden wir heute in den Argumentationen unserer Regierungen die Beschreibung Israels als der vermeintlich einzigen Demokratie im Nahen Osten, als des einzigen Verbündeten für westliche Staaten in dieser Region, weil angeblich gemeinsame zivilisatorische Werte geteilt und gemeinsam verteidigt würden.

Damit ist dieser Konflikt neu eingebettet in den sogenannten Krieg gegen den Terror, in den neuen Imperialismus, der nach dem Zusammenbruch des Ostblocks nur die Koordinaten in der Argumentation geändert hat, nicht aber seine Ziele und Bestimmungen. Der „Kampf der Kulturen“ dient in der einen oder anderen Auslegung mittlerweile als gängige ideologische Begründung für die Kriege, die geostrategischen Projekte, die vornehmlich die NATO-Staaten in der Absicherung ihrer Einflussphären führen und durchsetzen. Muslimfeindlichkeit wird in zunehmenden Maße zum Rassismus breiter Bevölkerungsschichten in den westlichen Ländern, zum Rassismus des vermeintlich aufgeklärten Bürgertums, das sich zunehmend legitimiert fühlen darf in der Verteidigung der „westlichen Werte“ und des „Fortschritts“ gegen die „rückschrittlichen“ arabischen Staaten.

Eine linke Partei oder linke Bewegung, die für sich in Anspruch nimmt in der Tradition demokratischer und emanzipatorischer Bewegungen zu stehen, die für eine solidarische und gleichberechtigte Lebensweise miteinander und gegen jede Form von Rassismus werben will, muss aus meiner Sicht klar Stellung beziehen gegen die Besetzung der palästinensischen Gebiete und gegen die rassistische Diskriminierung von Palästinensern durch den israelischen Staat. Als einzige Antikriegspartei in der Bundesrepublik müssen wir gerade den Kontext, vor dem sich der Israel-Palästina-Konflikt heute vollzieht, erkennen und thematisieren.

Viel zu oft vollziehen heute auch Teile der Linken eine Gleichsetzung des israelischen Staates mit dem Judentum im Allgemeinen, indem sie Kritik am Staat Israel pauschal als antisemitisch zurückweisen oder den Anspruch des Staates Israel für alle Jüdinnen und Juden weltweit zu sprechen, übernehmen. Diese Gleichsetzung erreicht das Gegenteil, was wohl intendiert ist: es zementiert antisemitische Vorurteile und leistet antisemitischen Ansichten Vorschub, wie der, die Verbrechen des israelischen Staates seien durch das „Judentum an sich“ oder die „jüdische Lobby in Amerika“ erklärbar. Demgegenüber müssen wir als LINKE diesen Konflikt politisch und eben im Kontext des Imperialismus nach 1989 erklären. ▶

- ▶ Menschen- und Völkerrechte sind universell. Es widerspricht jedem Rechtsgedanken, dass sie erst erworben werden müssten oder dass ihr Inkrafttreten von bestimmten politischen oder moralischen Verhaltensweisen abhinge.

Es ist sicherlich zutreffend, dass es insbesondere in den 60er und 70er Jahren eine etwas zu optimistische und euphorisch getroffene Einschätzung nationaler Befreiungsbewegungen gegeben hat. Dass man sich tatsächlich kurz vor der Durchsetzung des weltweiten Sozialismus wähnte und dabei Bewegungen wie die in Vietnam gegen die amerikanischen Truppen oder wie die von Arafat geführte palästinensische Befreiungsbewegung großzügig über einen Kamm scherte und ihnen manch gewünschtes sozialistisches Gedankengut andichtete. Doch können wir als LINKE uns auf gar keinen Fall einen laxen Umgang mit Menschenrechten erlauben.

Das Recht auf Selbstbestimmung, soziale und demokratische Rechte und das Recht auf Freiheit von Diskriminierung und rassistischer Behandlung, sind Rechte, für die wir eintreten müssen, egal wie „fortschrittlich“ sich aus unserer Sicht eine Widerstandsbewegung darstellt.

Wenn Staatenlösungen für Israel und Palästina diskutiert werden, wenn ein Zwei-Staaten-Konzept als wünschenswert konzipiert wird, bleibt immer zu fragen: Ist Israel bereit seine Grenzen zu definieren? Ist Israel bereit, auf eine weitere Expansion zu verzichten? So sehr eine faire und gleichberechtigte

Zwei-Staaten-Lösung zu begrüßen ist, sind Zweifel an diesen Punkten bezüglich der israelischen Haltung angebracht.

Ich denke allerdings auch, das es vielleicht gar nicht unbedingt das wichtigste für die LINKE ist, das beste Staatenkonzept zu präsentieren, sondern vielmehr diejenige Bewegung vor Ort zu unterstützen, die praktisch diejenigen Ideale umsetzt, zu denen sich Linke im Allgemeinen und unsere Partei bekennt: eine demokratische, antirassistische und soziale Bewegung von Israelis, Palästinensern und Internationalen, die sich mit gewaltfreiem Protest gemeinsam gegen Besatzung, Rassismus und staatliche Diskriminierung stellen. Eine Bewegung, in der Anarchisten wie Rabbiner aus Israel zusammenarbeiten mit palästinensischen Frauenprojekten und arabischen Menschenrechtsorganisationen.

Organisationen wie das „International Solidarity Movement“, „International Women’s Peace Service“, die „Rabbiner für Menschenrechte“, das „Alternative Information Center“ in Jerusalem, die „Anarchists Against The Wall“ machen das vor, was von zionistischen Politikern in Israel wie religiösen Populisten in arabischen Ländern heftig verneint wird, und was von unseren deutschen Politikern offenbar nur allzu gerne geglaubt wird: dass ein Zusammenleben von Juden und Arabern bzw. Palästinensern möglich ist, dass die Annahme der Unvereinbarkeit zwischen Juden und anderen Völkern, wie sie Antisemiten, aber auch ein Theodor Herzl beschrieben, falsch ist. ■

Zuschriften

„Empathie“ für Palästina?

Von Roger Lindner

Auf der Diskussionsveranstaltung am 18.04.2009 setzte sich Nicole Gohlke mit der Frage einer Palästina-Solidarität heute auseinander. Sie warb in ihrem Beitrag für einen „neuen Internationalismus“ und forderte eine „empathische“ Haltung „für die Betroffenen von Unrecht und Unterdrückung“ ein. Tenor des Beitrages war eine, wenn gleich modernisierte, anitimperialistische Argumentation.

Die meisten Entgegnungen zu Gohlkes Beitrag bezogen sich auf die Forderung eines empathischen Verhältnisses zu Palästina bzw. den Palästinenserinnen und Palästinensern in Konfrontation zum Staat Israel. Auch wenn die Frage der Empathie nicht der wesentliche Punkt des Beitrages war, möchte ich ein paar Sätze dazu verlieren. In politischen Fragen, noch dazu bei sehr komplexen Fragestellungen und kontroversen Lösungsstrategien ist die empathische Parteinahme für eine Seite des Konflikts eine sehr problematische Wahl. In einem viel zu hohem Maße teilt sich die Linke in der Nahost-Frage auf die verschiedenen Lager des Konflikts auf. Dabei wird jetzt schon in einem für die politische Strategie und Kommunikation schädlichen Ausmaß vereinfacht: „die Palästinenser“ gegen „Israel“. Es ist eine Vereinfachung, die leider in der Tradition der antiimperialistischen Linken steht: Jede Bewegung, die in einem wie auch immer gear-

teten Konflikt mit „imperialen“ Staaten oder Bündnissen steht, wird zur Empfängerin grundsätzlicher Solidarität der Linken in den kapitalistischen Zentren. In der Vergangenheit wurden – Nicole Gohlke hat darauf hingewiesen – diesen Bewegungen gerne „linke“, gar „sozialistische“ Beweggründe ange-dichtet, die bei genauerem Hinsehen fraglich sind. Beispiele hierfür sind im Wesentlichen separatistische Gruppierungen, die in den 70ern zuweilen unter sozialistischer Fahne segelten. Eine empathische Haltung zu solchen Gruppierungen, sei ihr Agieren nun gerechtfertigt oder nicht, versperrt den Blick auf deren Verfasstheit, Ziele und Methoden. Er öffnet die Herzen für den verklärten, romantisierenden Blick auf die (vermeintlich) Schwächeren in einem asymmetrischen Kampf. Dass hierbei gelegentlich auch terroristische Methoden oder gar Gruppierungen gerechtfertigt werden, dass Solidarität auch mit reaktionären Gruppierungen empfunden wird, zeigt, dass der Zugang zu einer nüchternen Analyse blockiert wird. Gerade bei der Rezeption und Diskussion des Nahost-Konflikts kommen wir dauernd in unerträgliche, hochgradig emotionalisierte Debatten, die nicht selten in wüsten Vorwürfen und unappetitlicher Sprache enden. Mehr Nüchternheit wäre ganz besonders an dieser Stelle ein echter Gewinn.

Im Israel-Palästina-Konflikt versteifen sich viele Linke auf eine klare, unkritische Parteinahme. Auf

der Veranstaltung wurde das in Redebeiträgen deutlich, die einem das „Linkssein“ absprachen, wenn man z.B. über den Konflikt redet, ohne das Wort „Besatzung“ in den Mund zu nehmen. Zu viele, die das Wort „Besatzung“ in den Mund nehmen, schweigen über Kassam-Raketen und terroristische Anschläge auf die Zivilbevölkerung. Auf der anderen Seite vergessen Verteidiger der israelischen (Sicherheits-)Politik gerne die Tragödien auf palästinensischer Seite. Kein Staat der Welt lässt es zu, dass seine Bevölkerung mit Raketen beschossen wird. Kein Mensch nimmt dauerhafte Diskriminierung hin. Auch diese Affekte muss man berücksichtigen, wenn man den Blick auf den Konflikt wirft. Und auch hier sehen viele Linke stets nur die eine Seite. Dabei ist die Linke hier ohne Not: die Solidarität, gefühlt oder politisch oder materiell, ist nicht kriegsentscheidend. Die Linke hat keine unmittelbaren geopolitischen Interessen in der Region und befindet sich zum Glück auch nicht mehr in Treue zur Sowjetunion. Sie kann es sich leisten, den Konflikt differenziert zu betrachten und zu analysieren. Sie sollte sich solidarisch an die Seite der Opfer auf allen Seiten stellen. Sie sollte dort politisch unterstützen, wo Maßnahmen der Waffenruhe dienlich sind. Auf keinen Fall sollte sie Kriegspartei werden, gleich auf welcher Seite.

Wenn Gohlke also schreibt: „Eine linke Partei oder linke Bewegung, die für sich in Anspruch nimmt in der Tradition demokratischer und emanzipatorischer Bewegungen zu stehen, die für eine solidarische und gleichberechtigte Lebensweise miteinander und gegen jede Form von Rassismus werben will, muss aus meiner Sicht klar Stellung beziehen gegen die Besetzung der palästinensischen Gebiete und gegen die rassistische Diskriminierung von Palästinensern durch den israelischen Staat. Als einzige Antikriegspartei in der Bundesrepublik müssen wir gerade den Kontext, vor dem sich der Israel-Palästina-Konflikt heute vollzieht, erkennen und thematisieren“, möchte ihr man Recht geben: Selbstverständlich gibt es Diskriminierung von Palästinensern, auch rassistische. Wenn man dabei aber über die Diskriminierung von Frauen, von

Schwulen und Lesben, von politisch Andersdenkenden in Palästina schweigt, wenn man dabei die antisemitischen (und hier wäre „antizionistisch“ wirklich verkehrt) Propaganda-Karikaturen übersieht, schlägt man sich auf eine Seite, auf der die Linke nicht stehen sollte. Zudem: Eine Antikriegspartei sollte auch Terror verurteilen.

Solidarität mit wem?

Staaten oder „Völker“ sind als Empfänger linker Solidarität nur bedingt geeignet. Bei der Forderung nach Solidarität mit „Palästina“ oder auch „den Palästinenserinnen und Palästinensern“ werden Einheiten auf eine vereinfachende Weise konstruiert, derer man sich bei der Analyse des eigenen Landes schämen würde. Kaum ein Linker hätte ein gutes Gefühl, sich mit der derzeitigen gewählten israelischen Regierung sonderlich verbunden zu fühlen. Mit der palästinensischen Administration in Solidarität zu stehen, steht Sozialisten sicher auch nicht gut an. Weder Israelis noch Palästinenser sind homogene Gruppen (im Gegenteil: sie überschneiden sich), mit denen man sich pauschal solidarisieren kann. Auf beiden Seiten: Menschen, die töten und Menschen, die sterben. Auf beiden Seiten: Menschen, Gruppen, Organisationen, die den Konflikt friedlich und gemeinsam beenden wollen. Letztere haben die Unterstützung der Linken verdient.

Also und zurück zum Thema: Die Linke wird den Nahostkonflikt nicht lösen, sie wird nicht mal ein Jota dazu beitragen, wenn sie ihn importiert und als Stellvertreter in die eigenen Zusammenhänge trägt. Sie sollte sich daher von einseitigen Demonstrationen fernhalten, einseitige Schuldzuweisungen unterlassen, dem Versuch der Schwarz-weiß-Sicht der Dinge widerstehen. Sie kann und muss allerdings eine Haltung einnehmen, und diese kann sie nur in der nüchternen Analyse und der sachlichen Diskussion der Situation entwickeln. Dies gilt ebenso in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der Außenpolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union wie mit den Akteuren der sozialen- und Friedensbewegung. ■

Kritische Anmerkungen zur Diskussion

Von Jörg Egerer

Harald Pätzolts Einleitungsreferat war ein angenehmer Beitrag zur Versachlichung der innerhalb der Linken mit Leidenschaft geführten Debatte um den Nahostkonflikt. Bedauerlich war, dass das von ihm zusätzlich zum Manuskript ausgeteilte Blatt mit einer Übersicht zu Deutungsmustern im Nahostkonflikt ein wenig unterging. Und man hätte sich bei der Aufzählung von Essentials, auf die sich eine linke Debatte zu diesem Konflikt verständigen sollte, vielleicht auch noch das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat und die Missbilligung von palästinensischer Gewalt gegen die israelische Zivilbevölkerung gewünscht.

Zum Beitrag von Jule Gilles über die Antisemitismus-Resolution des Bundestages sei nur noch eine Fußnote gemacht:

Im Vorfeld der Resolution sorgte das leicht durchschaubare Taktieren der CDU/CSU bis weit ins

bürgerliche Lager hinein für starkes Befremden. Dass ein solches Thema zur Ausgrenzung einer Bundestagspartei instrumentalisiert und dafür der Konsens aller demokratischen Parteien geopfert werden sollte, wurde selbst in Teilen der Union als wenig hilfreich für die demokratische Kultur unseres Landes erachtet. Die Linke ging aus dieser Inszenierung in der medialen Wahrnehmung durchaus als moralischer Sieger hervor, auch wenn sich elf unserer Abgeordneten wohl in letzter Minute noch zum Fernbleiben von der Abstimmung und einer hastig formulierten Erklärung provozieren ließen.

Nicole Gohlkes „Ansätze zu einer Palästina-Solidarität heute“ belegten Pätzolts These, dass uns Linke eine Parteinahme für eine Seite zum Teil des Problems macht und uns daran hindert, zu dessen Lösung beizutragen. So mahnte Gohlke Empathie mit den Betroffenen an, was zunächst durchaus redlich erscheinen mag. Betroffen vom Konflikt ▶

► sind ihr zufolge aber nur die Palästinenser – wohl nicht aber z.B. die Menschen in Sderot und anderen israelischen Städten, die oft nur 20 Sekunden Vorwarnzeit haben, um sich vor einer palästinensischen Boden-Boden-Rakete in Sicherheit zu bringen. Ob die von Gohlke als Ansprechpartner linker Solidarität beispielhaft angeführten Organisationen wie „Anarchists Against the Wall“ oder „International Solidarity Movement“ (ISM) tatsächlich geeignet sind, einen Beitrag zur Überwindung des Konfliktes zu leisten, darf bezweifelt werden. Beide NGOs delegitimieren und kritisieren einseitig Israel und rechtfertigen palästinensische Gewaltanwendung – also klassische Verhaltensmuster einer kriegsorientierten Rezeption des Konflikts. Fakt ist, dass 2003 zwei britische ISM-Aktivisten Selbstmordattentate in Tel Aviv verübten, wenn auch ISM wohl selbst an den Anschlägen nicht beteiligt war. Dabei gäbe es auch durchaus andere Projekte, die fernab von Schuldzuweisungen in der einen oder anderen Richtung Handlungsmuster zur Überwindung des Konflikts vermitteln. So können in der Bildungs- und Begegnungsstätte „Givat Haviva“ z.B. palästinensische Jugendliche und israelische Wehrpflichtige gemeinsam das Abitur nachmachen – wer lernt, den anderen in seinem Menschsein wahrzunehmen, tut sich deutlich schwerer, es ihm nachher wieder wegzunehmen. Der Konflikt kann von keiner der beiden Seiten mit bewaffneter oder verbaler Gewalt für sich entschieden werden, Bildung und Wohlstand hingegen können ihn überwinden. Der Kauf von Taybeh-Bier aus dem gleichnamigen palästinensischen Dorf nutzt dem palästinensischen Volk unter Umständen mehr als ein im beheizten Innenraum getragenes Palästinenser-tuch, er löst zwar den Konflikt noch nicht, ist aber zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Be-

denklich empfinde ich das Argument der Referentin, man dürfe bei der Deutung dieses Konflikts den Faschisten nicht das Feld überlassen. Ich sähe es höchst ungern, wenn unsere Partei mit DVU und NPD in einen Wettbewerb um die schönste israelkritische Position eintreten würde. Gohlkes Warnung vor einer Islamphobie war hingegen ein zu begrüßender Ansatz, um eine linke Position glaubwürdig gegen Querfrontstrategien abzugrenzen. Obwohl Thema der Veranstaltung ja eigentlich die Aufarbeitung des Konflikts in der politischen Bildung war, drehte sich die anschließende Diskussion nicht zuletzt aufgrund der Initiative einiger Parteigänger der palästinensischen Seite dann primär um den Konflikt selbst und um die Frage, wem daran die Alleinschuld zu geben sei. Zunächst wurde selbst Pätzolts durchaus eher israelkritischer Versuch einer differenzierten Betrachtungsweise als „Werfen von Nebelkerzen“ abgetan und dann als Erkenntnis längerer Aufenthalte in Indien, Toskana, Rom und Frankreich festgestellt, dass die Wahrheit ganz einfach sei: Man müsse nur die Israelis psychiatrisch von ihrem Holocaust-Trauma weg therapieren, dann würden sie schon von ihrem unerträglichen Tun ablassen. Überhaupt, „der Staat Israel ist das Problem“, und bezüglich des palästinensischen Flüchtlingsproblems wurde individuelle Restitution nach dem Vorbild der deutschen Wiedervereinigung (also die von Oskar Lafontaine seinerzeit mit Recht kritisierte Methode „Bauernland in Junkerhand“) empfohlen. Im Lichte solch monokausaler und holzschnittartiger Argumentationsmuster verwunderte es dann nicht mehr, dass es für fast verständnislose Heiterkeit sorgte, als ich für Israelis und Palästinenser den in der Konfliktforschung durchaus üblichen Begriff „Konfliktpartner“ verwendete. ■

Zum Umgang der Linken mit dem Nahostkonflikt

Von Bernhard Schütz

Wer an einer Diskussion teilnimmt, verbindet damit bestimmte Ziele. Dies gilt grundsätzlich, egal um welches Thema es geht. Welche Ziele könnte ein Linker verfolgen, wenn er sich an einer Nahostdebatte beteiligt? Gehen wir von der häufig auftretenden Hitzigkeit in Diskussionen zum Nahostkonflikt aus, scheint diese Frage schwierig zu beantworten, da es offensichtlich mehrere mögliche Ziele gibt, die mit einer solchen Debatte verfolgt werden.

Ein mögliches Ziel - und man kann Linken ohne großes Risiko unterstellen, sich mit diesem identifizieren zu können - ist es, international anerkannten Normen, Menschenrechten und Völkerrecht, Geltung zu verschaffen. Menschenrechte gelten dem Anspruch nach universell und für alle, also auch für jeden einzelnen Menschen im Nahen Osten, unabhängig von Nationalität, Religion, Geschlecht, Alter usw. Sie werden, genauso wie das Völkerrecht, durch jeden Angriff eines israelischen Kampfflugzeugs auf Ziele im Gaza ebenso verletzt wie durch jeden palästinensischen Raketenbeschuss auf israelische Zivilisten. Vergeltungsmaßnahmen mögen zwar aus einem politischen oder militärischen Sachzwang notwendig erscheinen,

mit Sicherheit sind sie jedoch mit der Wahrung von Menschenrechten genauso wenig vereinbar wie mit der Wahrung des Völkerrechts. Auch handelt es sich dabei in aller Regel nicht um Notwehr, also eine Maßnahme, die unmittelbar eine Gefahr für Leib und Leben beseitigt - ganz im Gegenteil: Solche Aktionen erzeugen überhaupt erst Gefahr für Leib und Leben und meistens wird dabei aus der Gefahr blutige Realität.

Ein komplexes und facettenreiches Thema wie der Nahostkonflikt bedarf zu seiner konstruktiven Diskussion einer präzisen Fachsprache. Kein Wissenschaftler käme auf die Idee, beispielsweise eine Diskussion über aktuelle Fragen zur Forschung in der Molekularbiologie unter Verzicht jeglicher Fachtermini umgangssprachlich führen zu wollen. Von Politikern darf ebenso erwartet werden, dass sie sich in politischen Diskussionen ihrer Fachsprache bedienen, die sich ja gerade deshalb, im Gleichschritt mit der zunehmenden Komplexität des jeweiligen Themas, im Laufe der Zeit herausgebildet hat, und damit eine präzise und unmissverständliche Beschäftigung mit der jeweiligen Thematik überhaupt erst möglich macht. Wer beispielsweise Juden, jüdische Siedler, Semiten, israelische Außenpolitik und die israelische Regierung schlicht und einfach als „Israel“ bezeichnet, läuft

Gefahr, einerseits andere Diskussionsteilnehmer zu provozieren oder gar zu verletzen, andererseits selbst für inkompetent oder gar populistisch gehalten zu werden. Wer alle Einwohner des Staates Israels sprachlich und damit auch politisch über einen Kamm schert, unterschlägt die Ausprägung vielseitiger und unterschiedlicher Interessen in der Bevölkerung und vereinfacht damit seinen Diskussionsbeitrag auf unzulässige Weise. Wer gar alle Palästinenser als Terroristen bezeichnet, schadet seiner politischen Glaubwürdigkeit und muss sich nicht wundern, wenn er von anderen Diskussions- teilnehmern nicht mehr ernst genommen wird.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Außenpolitik der israelischen Regierung ruft nicht selten reflexartig den Vorwurf des Antisemitismus unter Betonung der „historischen Schuld“ hervor. Worin diese „Schuld“ begründet ist, dürfte – außer bei hartnäckigen Holocaustleugnern – allgemein unumstritten sein. Doch welche Verpflichtungen ergeben sich daraus? Sind wir aufgrund dieser „historischen Schuld“ verpflichtet, israelische Politik, egal welchen Inhalts und welcher Zielsetzung, bedingungslos, im Extremfall also auch unter Preisgabe von Menschenrechten oder Völkerrecht, zu unterstützen? Neben einer Analyse des Inhalts des Schuldverhältnisses ist es sinnvoll herauszufinden, wer eigentlich Gläubiger und Schuldner sind. Der Staat Israel wurde am 14. Mai 1948, die Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 und die Deutsche Demokratische Republik am 7. Oktober 1949 und damit jeweils nach Beendigung des Holocausts gegründet. Kommen sie als Gläubiger und Schuldner trotzdem in Frage? Oder sind Gläubiger als damalige Opfer und Schuldner als damalige Täter Völker, Volksgruppen oder Religionsgruppen? Eine Analyse wirft die Frage auf, inwiefern in diesem Zusammenhang eine Gruppierung von Individuen Täter oder Opfer sein können. Daraus folgt unmittelbar die Frage, ob Tätersein und Opfersein vererbt werden können und demnach auf die Nachkommen der Täter und Opfer übertragen wird. Vergleichbar schwierige Fragestellungen ergeben sich auch auf der Suche nach dem Inhalt des

Schuldverhältnisses. Kann die Schuld durch Entschädigungszahlungen, durch Gebietsabtretungen, durch den Wiederaufbau von Synagogen oder durch die Übernahme von Bestattungskosten oder durch sonstige materielle Wiedergutmachung getilgt werden?

Möglicherweise ist es auch sinnvoller die Frage der „historischen Schuld“ aus einer ethischen oder moralischen Perspektive zu beleuchten. Aber auch dabei stellen sich schwierige Fragen, für die es häufig keine einfachen oder klaren Antworten gibt. Wer eine kritische Auseinandersetzung mit israelischer Politik mit dem Vorwurf des Antisemitismus beantwortet und dabei auf die „historische Schuld“ verweist, der sollte auf solche Fragen vorbereitet sein, um zu vermeiden, dass ihm eine Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs unterstellt wird.

Das Eintreten für ein politisches Ziel, die Wahrnehmung von Interessen erfordert eine persönliche Motivation. Diese Motivation basiert üblicherweise auf einer Ideologie, also der Überzeugung von einer Idee oder einer Wertvorstellung. Auch in Zeiten eines das Gefühl verneinenden Rationalismus ist es legitim, eigene Ziele leidenschaftlich zu verfolgen. Dies gilt auch für die Erreichung der angestrebten politischen Verhältnisse im Nahen Osten. Gefühle neigen jedoch auch dazu, das Urteilsvermögen zu vernebeln, was ja allenthalben aus der Werbung bekannt ist. Wenn es Linke mit ihrem häufig formulierten Anspruch auf Bildung ernst meinen, kann damit jedoch nicht emotionale Bildung gemeint sein, deren Ziel wohl eher die Manipulation ist. Es ist vielmehr politische Bildung gefragt. Diese unterstützt das Herausfinden einer politischen Zielsetzung, was im Nahostkonflikt unverzichtbar ist. Nur wer seine politischen Ziele in diesem Konflikt kennt, kann sich in Debatten entsprechend positionieren und für diese Ziele argumentativ werben. Wie stark der persönliche Einsatz, wie ausgeprägt die eingesetzte Leidenschaft dabei ist, hängt letztlich von der jeweiligen Persönlichkeit ab und ist vom angestrebten politischen Ziel unabhängig. ■

Nachwort

Der Palästina/Israel – Konflikt und die Linke: ein Resümee

Von Otto Feldbauer

Lässt man die verschiedenen Referate und Diskussionsbeiträge, die die Rezeption des Palästina/Israel-Konflikts durch die deutsche linke Öffentlichkeit beleuchteten, Revue passieren, welches Resümee kann man daraus ziehen?

Ich möchte einige Punkte herausgreifen, die mir besonders wichtig scheinen, gerade auch für eine zukünftige Diskussion dieses Sachverhaltes.

Es ist zweifellos richtig, dass man sich fast immer den Vorwurf des Antisemitismus einhandelt, wenn man gegen den Zionismus, die Staatsgründungs- ideologie Israels Stellung nimmt. Aber trotzdem ist dieser Vorwurf natürlich falsch: Es ist zu Recht gesagt worden, dass der Antisemitismus sich auf

ein rassistisches Kriterium beziehe, der Antizionismus aber auf das einer politischen Ideologie.

Allerdings darf man sich die Auseinandersetzung mit dem Zionismus auch nicht so einfach machen, ein reines „Anti“ genügt wohl kaum, um den Zionismus historisch und philosophisch zu erfassen. Natürlich war und ist er die Gründungs- und Legitimationsideologie des Staates Israel. Aber er hatte und hat viele Schattierungen und nicht alle waren und sind auf Expansion des jüdischen Staates angelegt.

Es gab einen Martin Buber auf der einen Seite, der durchaus sah, dass Palästina schon besiedelt war, von einer arabischen Bevölkerung, die dort schon seit Jahrhunderten lebte. Deshalb sprach er sich ▶

► auch 1921 in einer Rede vor dem Zionistenkongress in Karlsbad für einen gerechten Bund mit dem „arabischen Volk“ aus. Es gab aber auch einen Wladimir Jabotinsky, der dies als Illusion abtat und sich für einen starken separaten israelischen Nationalstaat aussprach; diesem Konzept wohnte durchaus ein „expansives Element“ inne.

Aber das Konzept Bubers oder auch ähnliche Konzepte heutiger gemäßigter Zionisten, genannt sei nur der Politologe Shlomo Avineri, könnten bestimmt auch von der linken Öffentlichkeit angenommen und gewürdigt werden, weil sie wohl den gangbarsten Weg zu einer Lösung des Nahostkonfliktes weisen.

Eine solche Lösung wird aber erschwert durch die weltpolitische Lage Palästinas im Konfliktbogen des Nahen und Mittleren Ostens. Es wurde versucht, dieses Problem mit dem alten linken Begriff Imperialismus in den Griff zu bekommen. Passt man diesen Begriff der heutigen Situation an, kann man ihn immer noch als zeitgeschichtliche Kategorie verwenden. Denn natürlich haben die Länder der EU, aber vor allem auch die USA geostrategische Interessen in diesem Raum. Natürlich geht es um Öl, den kostbaren Roh- und Schmierstoff der heutigen industrialisierten Volkswirtschaften. Die Verfügung über diesen Rohstoff verlangt machtpolitischen Einfluss – und da ist Israel als Vorposten amerikanischer und europäischer Dominanz durchaus willkommen, zumal man in Zeiten des Kalten Krieges immer befürchtete, dass einzelne arabische Länder in das Lager der Sowjetunion abdriften könnten. Diese Furcht ist heute natürlich passe, aber es gibt in der Sichtweise der politischen Eliten des Westens ja ein neues Bedrohungsszenario: einen neuen, man möchte sagen, reformierten radikalen politischen Islam mit antiwestlicher oder besser antiliberaler Stossrichtung. In diesem Zusammenhang von einem „ökonomischen Imperialismus“ des Westens zu sprechen, ist bestimmt nicht ganz falsch.

Große Teile des Westens neigen aber auch zu einer Einstellung gegenüber den Ländern dieser Region, die man teilweise mit dem Begriff des Kulturimperialismus bezeichnen kann: Allzu schnell verlangt man von außereuropäischen Kulturen, liberale Werte der europäisch-atlantischen Welt zu übernehmen und scheut auch nicht davor zurück, entsprechenden Druck auszuüben.

Aber der Begriff erklärt bei weitem nicht die ganze Komplexität der politischen Lage in dieser Region; dies anzunehmen, wäre in der Tat die falsche „Komplexitätsreduktion“. Mag die Politik der EU und der USA auch Tendenzen zeigen, die man als imperialistisch bezeichnen kann, so gibt es doch Sachverhalte, die eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes in hohem Maße behindern, mit dem Imperialismusbegriff aber nicht analytisch erfasst werden können. Das Streben des Iran eine regionale Vormacht in der nah- und mittelöstlichen Region zu werden, ist nun einmal vorhanden, ein friedliches, harmonisches Zusammenleben von Arabern und Israelis dient diesem Ziel aber bestimmt nicht, weil es die Einflussmöglichkeiten des Iran im arabischen Raum mindern würde.

Aber auch die Renaissance kämpferischer Gruppierungen traditioneller Religionen wie des Islams (Hamas, Hisbollah) und des Judentums (Schas-Partei), die genauso schwer eine Aussöhnung zulassen, wie das früher der Fall gewesen war, als sich ein kämpferischer Zionismus und sein Spiegelbild, ein nicht weniger martialisch auftretender Panarabismus gegenüberstanden, entsprechen kaum dem dualen Bild imperialistisch agierender Großmächte einerseits und von ihnen beherrschter unterdrückter Trikont-Völker andererseits.

Noch ein weiteres in die Zukunft weisendes Problem gibt es, wenn man sich überlegt, wie man mit dem Nahostkonflikt umgehen muss, kann und soll. Ich habe gerade von einem gewissen Maß an Kulturimperialismus gesprochen, den sich weite Teile der politischen Eliten des Westens angewöhnt haben, wenn sie über die „Entwicklung anderer Gesellschaften, gar solcher außerhalb des eigenen Kulturkreises“ reden. Hat nicht Harald Pätzolt recht, wenn er fragt: „Welche normative Vorstellung von der Zukunft der palästinensischen und der israelischen Gesellschaft haben wir eigentlich? Müssten wir nicht darüber Auskunft geben, wenn wir eigene außenpolitische Ziele im Israel-Palästina-Konflikt formulieren wollen?“ Früher, in der geordneten Welt des historischen Materialismus, wäre die Antwort einfach gewesen, aber heute, in einer Zeit, in der die meisten Fortschrittsgewissheiten zerbrochen sind, wir auch kulturell in einer multipolaren oder, wenn man will, multikulturellen Welt leben, aufgrund welcher sozial- und geschichtsphilosophischen Konzepte kann die Linke Lösungsansätze entwickeln und begründen, die der komplexen Lage im Nahen Osten angemessen sind, die nicht mehr schaden als nützen würden. Über eine auch nur vorsichtig formulierte Antwort bestünde noch großer Diskussionsbedarf.

Einig war sich aber die weit überwiegende Mehrheit der Teilnehmer dieser Veranstaltung über einige wesentliche Punkte, die bei jeder Lösung des Israel/Palästinenser-Konfliktes erfüllt werden müssten: Das Existenzrecht Israels als Staat dürfe weder explizit noch implizit verneint werden. Andererseits hätten auch die Palästinenser das Recht in einem eigenen Staat zu leben. Damit aber diese Forderung überhaupt erfüllt werden könnte, müssten sich die israelischen Siedler z. B. aus dem Westjordanland zurückziehen. Die knappen ökologischen Güter in der Region, Wasser zum Beispiel, müssten zwischen der arabischen und israelischen Bevölkerung gerecht verteilt werden u.ä.

Man war sich auch einig, mit friedenswilligen, kompromissbereiten arabischen und israelischen Gruppierungen bei der Suche nach Wegen zur Versöhnung zusammenzuarbeiten, wenn man auch zu Recht fragen kann, ob das der Königsweg zur Lösung des Nahostproblems sein kann, weil diese Gruppen bisher, was ihren politischen Einfluss betrifft, eher am Rande der jeweiligen Gesellschaften angesiedelt sind.

Man sieht also, die Referate und die sehr engagierte und kritische Diskussion haben viele Fragen aufgeworfen, ohne das man aber immer schon wohlfeile Antworten parat hätte. ■